

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsmonatliche Beizelle oder deren Raum 35 Bfg., Verlagsanzeigen, Anzeigen und Werbeanzeigen 25 Bfg., auswärtige Anzeigen 45 Bfg. — Tagesblätter für die Redaktion müssen bis 9 Uhr vormittags, größere Anzeigen bis 12 Uhr mittags abgegeben werden.

Nr. 78.

Donnerstag, den 4. April 1918.

25. Jahrg.

## Freiheitskampf für — Flandern!

Man erfährt immer mehr vom Zweck und Ziel dieses ungeheuren Krieges. Zunächst hat das deutsche Volk in seiner Herzensinnigkeit angenommen, daß es gelte, das eigne Land vor den Machtansprüchen des feindlichen Imperialismus zu schützen. Aber das war ein Irrtum. Denn wenn man die „Widerstandsparteiler“ und die „Schwerliberalen“ hört, dann müssen die furchtbaren Opfer an deutschem Gut und Blut nur gebracht werden, um Flandern, Dänemark, Estland zu „befreien“, Longwy-Briey zu erobern, und schließlich — Flandern aus der belgischen Umklammerung zu lösen. Die Flamen in Flandern sind, nach „widerstandsparteilichen“ Darstellungen, von den Wallonen vollkommen unterdrückt, und lehnen sich jetzt nach der starken deutschen Befreiung. Schamhaft verschwiegen wird allerdings, daß in Belgien sich gerade die meist liberal denkenden und freigeistigen Wallonen von den vorwiegend klerikalen und reaktionär gesinnten Flamen unterdrückt fühlen. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ brachte erst kürzlich wallonische Wahlaufreufe aus der Friedenszeit, die die lebhaften Beschwerden der freidenkenden Wallonen über ihre schmerzhaften Landsteuern widerspiegeln.

Es zeigt sich auch hier die innige Verbrüderung der deutschen Reaktionäre mit ihren Gesinnungsgenossen im „befreiten“ Ausland. Die ganze baltische Reaktion ersehnt den Anschluß an Deutschland, weil im neuen Rußland ihre Herrenrolle tatsächlich ausgespielt ist. So geht's auch in Flandern. Hier spielen die Tirpitz und dort ihre Gleichgesinnten einander in die Hände. Kürzlich fand in Berlin eine Versammlung der „Widerstandspartei“ statt, in der ein Ausländer, der angebliche Flamenführer Doktor Worms, das Wort ergriff, „um Herzen zu gewinnen“. Und dann ging es los, als wenn der „Großadmiral“ selber redete. Sie — das heißt die Wormse — seien bereit, sich zu „opfern“, aber „nicht für das Stiefmutterland Belgien, sondern für das Vaterland Flandern“.

Nun hätte ja sicher in Deutschland niemand etwas dagegen, wenn die Herrschaften sich „opfern“. Aber daß sie verlangen, das deutsche Volk sollte ihrethalben Krieg führen, muß um so schärfer zurückgewiesen werden, als der „Großadmiral“ Tirpitz unter dem stürmischen Beifall seiner Vaterlandsliebe auf die Wormse-Reise antwortete: „Jetzt hat Deutschland die Pflicht, Flandern zu schützen vor fernerer Vergewaltigung.“ Mit Verlaß: Das deutsche Volk hat die Pflicht, sich selbst zu behaupten gegenüber den äußeren Feinden und gegenüber den inneren, die sich merkwürdigerweise um Tirpitz selbst kümmern!

Mögen die Flamen machen, was sie für nützlich halten. Deutschland soll sich in die inneren Angelegenheiten Flanderns und Walloniens so wenig einmischen, wie in die der baltischen Provinzen. Es erntet keinen Dank, sondern nur neue Opfer. Außerdem sollte das offizielle Deutschland, dem die Wahrheitsquellen nicht künstlich verstopft werden, doch wohl wissen, wie es um die Volksmeinung in den „befreiten“ Gebieten steht. Von Estland liegt ein Protokoll vor, den, wie weiter unten nachzulesen ist, die „Nordd. Allgem. Ztg.“ sehr zum Verdruß unseres Auswärtigen Amtes „verleihen“ veröffentlicht hat. Wie die Stimmung unter Letzten und Littauern ist, sollte auch kein Geheimnis sein. Und schließlich dauern auch wohl Berichte aus der Ukraine vorliegen, mit welchen Gefühlen die dortige Bevölkerung die „Befreier“ mission der Deutschen aufnimmt.

Zu alledem will man uns jetzt nach Flandern aufbürden? Die Vaterlandspartei und die deutsch-flämische Gesellschaft haben sogar schon ein „Huldigungstelegramm“ an den Rat von Flandern abgeschickt. Wer ermächtigt Tirpitz und Rapp dazu, derartige „Huldigungen“ an eine Körperschaft abzuschicken, die sich als Regierung eines fremden Landes auftritt und gegen ihre bisherige Regierung im wörtlichsten Sinne den „Umsturz“ predigt?

Aus dem Selbsterhaltungskampf, den das deutsche Volk seit vier Jahren führt, drängt immer mehr ein kostspieliger Sport für Weltbeglückter zu werden. Da dem Volke selbst die Wahrheit nicht ganz bekannt wird, es seine Meinung auch nicht in allgemeinen Wahlen sagen kann, so ist es Pflicht wenigstens der Sozialdemokratie, dem alldeutschen-vaterlandsparteilichen Treiben den entschiedensten Widerstand zu leisten.

### Verbotene Wünsche.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wird seit einigen Tagen heftig von der alldeutschen Presse angegriffen, weil sie kürzlich einen Aufruf der Vertreter der estnischen Regierung wiedergab, der gegen eine Angliederung Estlands an Deutschland lebhaft protestiert. In diesem Aufruf hieß es:

„Gemäß der feierlichen Erklärung des deutschen Reichstages am 25. Februar im Reichstag erwartet das estnische Volk, daß Deutschland, das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrichtig würdigend, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des neutralen unabhängigen Estland einmischen, sondern als rechtmäßige gesetzliche Vertretung Estlands an den estnischen Landtag mit der von ihm

bestimmten estnischen Regierung anerkennen wird, die ihre Rechte nur der estnischen konstituierenden Versammlung übergeben darf.“

Bei der Polemik über diese Veröffentlichung wird die bemerkenswerte Tatsache bekannt, daß das Auswärtige Amt die Unterdrückung dieses estnischen Aufrufs gewünscht hat, er ist also wohl nur durch ein Versehen im Regierungsblatt veröffentlicht worden.

So erfährt also auch die Öffentlichkeit, wie das deutsche Volk mit „Wahrheit“ bedient wird. Aufrufe, die sich für den Anschluß an Deutschland aussprechen, werden ohne Bekanntgabe der Umstände, unter denen sie verfaßt wurden, in breiter Form wiedergegeben. Gegenüber den Gebungen erheben aber höchstens durch ein Versehen das Licht der Öffentlichkeit.

Der Schweigewunsch des Auswärtigen Amtes ist um so merkwürdiger, als dessen stellvertretender Leiter v. d. Busche im Reichstag erklärt hat, Deutschland anerkenne die Oberhoheit Rußlands über Estland und Livland. Versuche, diese Länder Deutschland „anzugliedern“, sind danach gar nichts anderes als Veruche, Raub an einem Staate zu begehen, mit dem wir sieben Frieden geschlossen haben. Warum also estnische Wünsche von deutschen „Angliederungsbestrebungen“ unberührt zu bleiben, der Öffentlichkeit vorzuenthalten werden sollen, ist unerfindlich.

## Hindenburg an den Reichstag.

Der Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat auf ein Telegramm des 1. Vizepräsidenten des Reichstages Dr. Baasche folgendes geantwortet:

„Für die Worte der Anerkennung und des Dankes, die Euer Hochwohlgeboren namens des Reichstages an mich zu richten die Güte hatten, spreche ich meinen herzlichsten Dank aus. Die Liebe zu Kaiser und Reich, das Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu kämpfen, und die Unverwundlichkeit unserer Gegner verleihen unseren Heldenjüngern unüberwindliche Kraft. Briten und Franzosen dürfen nicht glauben, daß die neuen Blutopfer, die sie uns aufgezungen haben, umsonst gebracht sein sollen. Mit der Arme weiß ich, daß der Reichstag diesen Wunsch der Tapferen hier vorne, der besten Söhne des Volkes, verstehen und auch seinerseits für einen kraftvollen deutschen Frieden eintreten wird, der allein uns fortan vor einem Angriff bewahren kann. Ihrem hochverehrten Präsidenten Exzellenz Dr. Kaempf bitte ich, meine besten Wünsche für baldige Genesung zu übermitteln.“

Richtig ist es ohne Zweifel, daß die Unverwundlichkeit der Westmächte, die sich in der hartnäckigen Abweisung aller Friedensverhandlungen ebenso wie in der Beibehaltung dreifacher Eroberungsziele zeigte, im deutschen Volke Gefühle der schärferen Erbitterung ausgelöst und unseren Truppen die Kraft zur Ausdauer in den neuen schweren Kämpfen gegeben hat. Die deutschen Soldaten an der Westfront und mit ihnen das ganze deutsche Volk ertragen die furchtbar schweren Prüfungen, die ihnen nach mehr als 3½ Kriegsjahren von neuem auferlegt werden, in dem Bewußtsein, daß nur so der Weg zum Frieden gebahnt werden kann. In diesem Sinne ist es auch zutreffend, daß die neuen Blutopfer nicht umsonst gebracht werden sollen. Sie werden dargebracht, um endlich die Friedensbereitschaft der Gegner herbeizuführen und um die von den Gegnern beabsichtigte politische und wirtschaftliche Lähmung des deutschen Volkes endgültig zu verhindern.

Wenn Hindenburg weiterhin von einem kraftvollen deutschen Frieden spricht, der allein uns fortan vor einem Angriff bewahren könne, so bedient er sich gewisser Ausdrücke, die mit Vorliebe von der „Widerstandspartei“ gebraucht werden und die jedenfalls überaus vieldeutig sind. Einen „kraftvollen deutschen Frieden“ wünscht jedermann im deutschen Volke, aber sehr umstritten ist, wie der kraftvolle Friede aussehen soll. Der Friede, der in Brest-Litowsk abgeschlossen worden ist, ist sicherlich sehr „kraftvoll“. Es ist aber mindestens sehr ungewiß, ob er besonders geeignet ist, uns fortan vor neuen Kriegen zu bewahren. Diese Ungewißheit ist erst dadurch zu beseitigen, daß der Brester Friedensschluß durch freies Selbstbestimmungsrecht der von Rußland abgetrennten Völker in einen Frieden umgestaltet wird, der Aussicht auf Dauer gewährt. Der Friede muß nicht nur mit Kraft abgeschlossen werden, sondern vor allem mit kluger Berücksichtigung zukünftiger Bündnismöglichkeiten für unser Land. Ein Friede, der auf Vergewaltigung anderer Völker beruht, würde erst recht die Gefahr neuer Kriege herausbeschwören und uns zu ungeheuren Rüstungen nötigen, die schließlich über unsere Kraft gehen müßten.

Das gerade wäre die wahre Größe des deutschen Volkes, daß es im Kriegeserfolge sich nicht zu Siegestrunkenheit hinreißen läßt. So begreiflich unsere Erbitterung ist über die Kriegstollheit der britischen und französischen Staatsmänner, so wäre es gleichwohl eine sehr läbliche Politik, wollten wir die Brutalität der anderen mit doppelter Brutalität beantworten. Der Leitern der deutschen Politik muß sein, eine Neuordnung der Völkerbeziehungen zu erreichen, auf deren Grunde ein dauernder sicherer Friede erwächst.

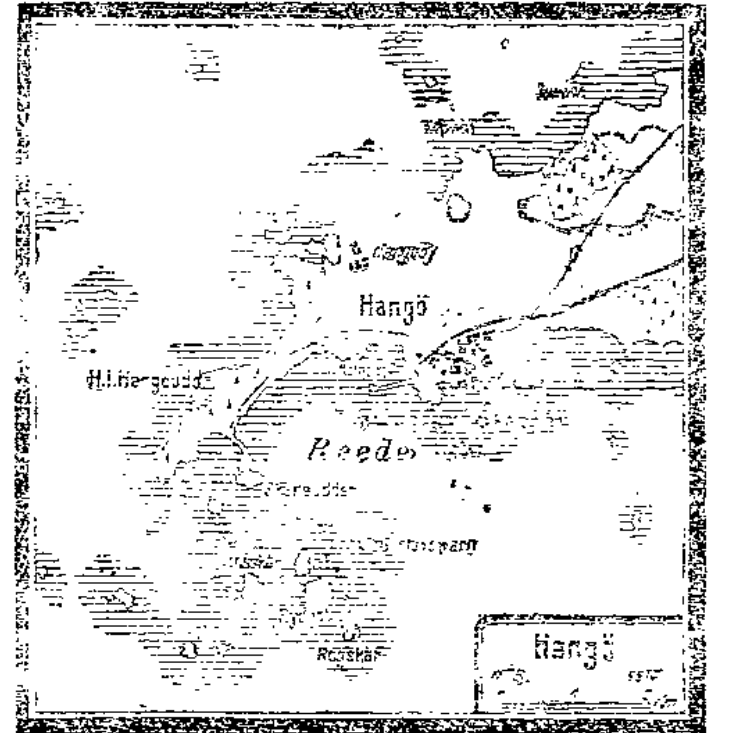
## Deutsche Truppen in Finnland

Als vor einiger Zeit auf Grund eines Hilferufes der finnischen Bourgeoisie bekannt wurde, daß Deutschland die Absicht hätte, in den zwischen den Weißen und Roten tobenden Bürgerkrieg in Finnland einzugreifen, hat die deutsche Sozialdemokratie sowohl im Parlament als auch in der Presse den schärfsten Widerpruch erhoben. Fast schien es, als ob man sich an den maßgebenden Stellen eines Besseren besonnen und auf den finnischen Feldzug gegen die dortigen Sozialisten verzichtet hätte. Leider ist das nicht der Fall. Heute liegt folgende Meldung vor:

WTB. Berlin, 3. April. (Amlich.)

Teile unserer Seeestreitkräfte haben heute morgen nach beschwerlichem Marsch durch Eis- und Minenfelder die für die Hilfeleistung in Finnland bestimmten Truppen in Hangö (Süd-Finnland) gelandet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.



Deutsche Truppen sollen also dazu verwendet werden, in dem Klassenkampf in Finnland zugunsten der Weißen Garde und gegen die Arbeiter einzugreifen. Denn um einen Klassenkampf, alle um eine interne Angelegenheit Finnlands, handelt es sich hier. Wie war denn der Sachverhalt? Bei den letzten ordnungsmäßigen Wahlen in Finnland hatten die Sozialisten die Mehrheit im finnischen Landtage erhalten. In kraftvoller, energischer Weise hatten sie sich den von Petersburg kommenden Ruffitzierungsbestrebungen widersetzt, sie konnten sich hierbei auf die überwältigende Mehrheit des Volkes stützen. Als sie nun die Unabhängigkeit Finnlands proklamierten und nicht mehr nach der Pfeife Kerenskis tanzen wollten, löste dieser unter Bruch der finnischen Verfassung den Landtag auf und schrieb wiederholt Neuwahlen aus. Der neue Landtag konnte, wenn Recht und Gerechtigkeit überhaupt auch in Finnland noch Geltung haben sollten, unter keinen Umständen als rechtmäßige Volksvertretung bezeichnet werden. Die Wahlen fanden statt und endigten mit einem knappen Siege der Bourgeoisie, die ihren Frieden mit Kerenski schloß und nunmehr ihre Macht ausübte. Während die Sozialisten früher den Bürgerlichen im Senat eine Vertretung zugesichert hatten, die mindestens deren Stärke im Landtage entsprach, schlossen die Bürgerlichen die Sozialisten vom Senat völlig aus. Die Bourgeoisie bildete nun auch eine Militärmacht, nicht allein zum Schutze der inzwischen proklamierten Selbstständigkeit des Landes, sondern auch zum eigenen Schutze gegen die Sozialisten. Daß letztere hierbei nicht stillschweigend zusahen, verfehlt sich. Und so kam es zu dem unglückseligen Bürgerkrieg, den wohl jeder bedauern wird. Greift Deutschland nun in diesen Kampf ein, dann kann das natürlich nur zugunsten der auf unsere Art zugehörigen Weise zur Herrschaft gelangten Bourgeoisie sein. Wir wiederholen, was wir am 8. März aus Anlaß des Friedensab schlusses mit Finnland und des damals bereits angekündigten Eingreifens Deutschlands schrieben:

„Man wird erklären, daß für diesen Schritt rein militärische und außenpolitische Rücksichten maßgebend seien, da ein staatlich fest gegügtes Finnland die beste Garantie des Ostfriedens sei. Das mag richtig sein. Aber das rechtfertigt nicht das deutsche Eingreifen. Die Gefahr ist doch unverkennbar, daß die deutschen Truppen hier zu reaktionär-kapitalistischen Zwecken mißbraucht werden und ein glücklicher Sieg nicht nur der finnischen Sozialisten, sondern der Arbeiterklasse aller Länder gegen

Deutschland lange nachwirken könnte. Wenn Deutschland etwa dem finnischen General Mannerheim die Macht gibt, seine blühenden Nachgeborenen gegen die finnischen Sozialisten in die Zeit umzuwerfen, würde es sicherlich den Fluß der freihändlerischen Menschen überall ernten.

Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

## Die Kampfpause im Westen.

Deutscher Abendbericht.

MIS. Berlin, 3. April, abends. (Amtlich.)  
Von dem Schlachtfelde in Frankreich nichts Neues.

Während der seit einigen Tagen im Westen eingetretenen Kampfpause haben sich Engländer und Franzosen immer wieder in nutzlosen Gegenangriffen verblutet und ihre Verluste ins Ungeheure gesteigert; dagegen haben örtliche Erfolge die Deutschen in den Besitz wichtiger Höhenstellungen auf dem westlichen Westufer gebracht. Größere Kampfhandlungen spielen sich zurzeit auf dem Schlachtfelde im Westen nicht ab. Dies ist nur natürlich. Nach so gewaltigen Schlägen wie den der letzten Woche mußte eine Kampfpause eintreten, um die weiteren Entscheidungskämpfe vorzubereiten. Auch bei früheren Offensiven hat die deutsche Oberste Heeresleitung so verfahren. So folgte dem Durchbruch bei Gorlice, nachdem der San erreicht war, eine längere Pause, nach deren Ablauf ein umso kräftiger und erfolgreichere Ansturm losbrach; ein Gleiches trat in Italien nach der Erreichung der Tagliamento-Linie auf. Eine solche methodische Kriegsführung hat bisher die deutschen Erfolge stets gewährleistet.

### Die Kriegsbente.

Der Korrespondent des „Handelsblad“ hatte eine Unterredung mit General v. Gallwitz, der sich dahin ausspricht, daß der Feind geschlagen und außerordentlich geschwächt sei. Der Rückzugsweg bietet ein wahres Labyrinth erbeuteter Gegenstände, woraus sich ergebe, daß der Gegner auf den Kampf nicht vorbereitet war. Der General, der aus den großen Durchbruchschlachten an Niemenstraße gewöhnt ist, erklärte, daß er eine derartige Anhäufung von Kriegsmaterial, vor allem an Munition, noch nicht erlebt habe. Eine Zählung scheint bisher unmöglich. Die Wirkung der deutschen Geschütze ist entsetzlich. Der General erkennt die Hartnäckigkeit und den Heldennut der Engländer an. Der große deutsche Erfolg sei zum großen Teile der Ueberrückung zuzuschreiben. Es war den Engländern wohl bekannt, daß an dieser Stelle eine offensive stattfinden sollte, nur über den Zeitpunkt waren sie sich nicht genügend klar. Sie erwarteten wohl den Angriff zwischen dem 13. und 15. März. Da die Offensive an diesem Tage nicht begann, nahmen sie an, daß sie verabschiedet wäre.

Bis zum 24. März einschließlich waren in den Sammelagern der südlichen deutschen Angriffsmasse von nachrückenden englischen Divisionen an Gefangenen eingebracht: Von der 14. I.-D. 100 Offiziere und 4079 Mann, von der 18. I.-D. 78 Offiziere und 4094 Mann, von der 30. I.-D. 83 Offiziere und 2348 Mann, von der 36. I.-D. 143 Offiziere und 3215 Mann, von der 61. I.-D. 56 Offiziere und 2298 Mann. Zählt man zu dieser hohen Einbuße an Gefangenen die sehr schweren blühigen Verluste hinzu, so bleibt auch von diesen fünf Divisionen nicht viel mehr übrig. Ähnlich hoch werden die Verluste bei diesen anderen Divisionen des Feindes sein, der bis jetzt im ganzen 75000 Gefangene eingebracht hat.

### Rückzug der französischen Armee bei Montdidier?

Der französische Finanzminister Klotz erklärte in seiner Eigenschaft als Deputierter des Departements Montdidier in der Kammer, daß mit einem vollen Rückzug der bei Montdidier stehenden französischen Armee gerechnet werden müsse. Die Wirkung dieser Erklärung versuchte Minister Klotz durch die Versicherung abzuwehren, daß der Rückzug geordnet vor sich gehen werde. Ueber die Gründe, die für den Rückzug maßgebend seien, befragt, behauptete der Finanzminister, daß die französische Armee ein günstigeres Kampfgelände gewinnen wolle.

## Was der Krieg bringt.

Der Wiener Generalstabbericht.

Wien, 3. April. (Amtlich.) Seiner Etifität wurden italienische Erkundungsgruppen abgewiesen.

Die türkische Kammer und der Senat genehmigten die Friedensverträge mit Rußland und Serbien.

### Amerika und Bulgarien.

Nach einer Washingtoner Meldung will Wilkes auch Bulgarien den Krieg erklären. Das ist natürlich eine Formel, die gegenwärtig ohne erhebliche Bedeutung ist.

### Aus der Ukraine.

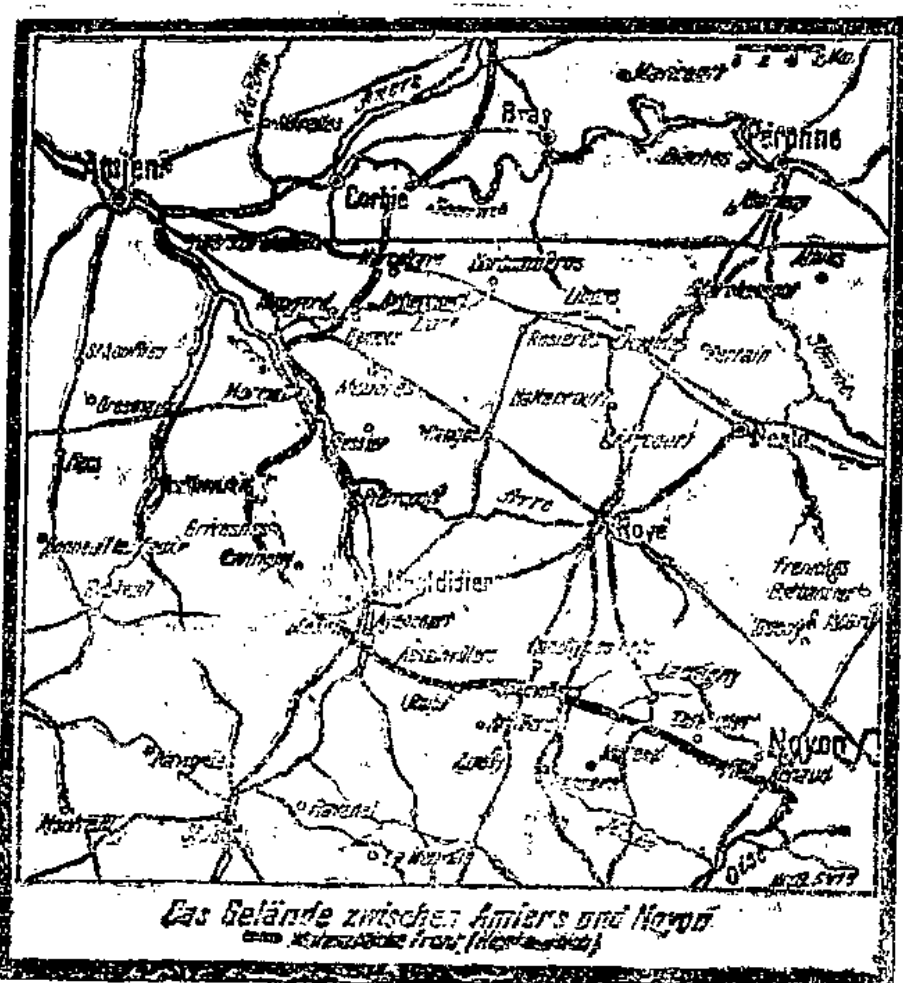
(Kemerow.) Die Deutschen und Ukrainer besetzten Warosche und Hnatkowsk. Großfürst Michael, der nach Perm geschickt war und dort durch den russischen Sowjet gefangen gehalten wurde, ist jetzt in Freiheit gesetzt worden. Eine Kommission von Vertretern aller Kommissariate und fünf Vertretern des Zentralauswahlganges erwägt jetzt die Bildung einer Bundesrats-Republik.

Die ukrainische Rada hat dem Rat der Volksbeauftragten den Friedensvorschlag mitgeteilt. Es wird sich hierauf von der Rada alles verhalten, um mit der Sowjet-Regierung zu einem Frieden zu kommen. Das ist nur zu begrüßen.

### Die Demobilisierung der russischen Armee.

Kemer Bericht aus Petersburg: Die Regierung hat beschlossen, daß die Demobilisierung der Armee, die am 12. April beendet sein muß.

Der als Segler des Schiffs zum schwedischen Kriegsminister ernannte General Sjöstrand hat einen Antrag erlassen, in dem er die Aufstellung von drei Freiwilligen-Regimenten zu bilden.



Gleichzeitig versichert er, daß die Rekrutierung ohne jeden Zwang erfolgen soll. Der Eintritt steht allen waffenfähigen Russen frei, die zur Verteidigung der Revolution und der Freiheit bereit sind.

Aus Moskau wird gemeldet, daß General Berthelot, der Chef der französischen Militärmission in Rumänien, sich nach Petersburg begeben hat, um mit Trozki und Ischweretski wegen des Eintreffens der französischen Offiziere, die bisher in Rumänien als Instrukteure tätig waren, in die russische Revolutionsarmee zu verhandeln.

### Keine Einigung mit der roten Regierung Finnlands.

Die Stockholm Sozialdemokraten melden, scheinen die Delegierten der finnischen Revolutionsregierung, die mit den Deutschen auf Urlaub verhandeln sollten, ununterrichteter Sache zurückgekehrt zu sein. Der deutsche Oberbefehlshaber soll nämlich die Delegierten mit folgender Erklärung abgefertigt haben: „Die Regierung, auf die sich die Herren berufen, kenne ich nicht.“

Wir halten eine amtliche deutsche Aufklärung für dringend erforderlich.

### Der Kampf um die Murman-Bahn.

Die „Times“ erfahren aus Petersburg, daß die finnische Weiße Garde jetzt nach Kem an der Westküste des Weissen Meeres vorrückt, um die Nordbahn zu besetzen. Die neue Gefahr brachte die Koalition zwischen den örtlichen Sowjetbehörden und den englischen und französischen Behörden zu Stande, um die Murman-Eisenbahn zu besetzen. Als Trozki von der Gefahr hörte, die der Eisenbahn durch den Erfolg der Deutschen und Weissen Garde drohte, gab er sofort Befehl, Verteidigungsmassnahmen zu ergreifen. Die russischen Militärbehörden im Murman-Gebiet einigten sich mit den englischen und französischen Vertretern. Letztere erkennen den örtlichen Sowjet als oberste Behörde in diesem Gebiet an und verpflichten sich, sich in die inneren Angelegenheiten nicht einzumischen und versprechen, für den Bedarf der Bevölkerung und der örtlichen roten Garde, die jetzt gebildet wird, zu sorgen.

### Gemeinsame Intervention in Sibirien?

Die „Times“ erzählt aus Tokio vom 30. März, daß die Ausbreitungen der Bolschewiki in Wladiwostok wohl eine gemeinsame Intervention der Alliierten in Sibirien notwendig machen würden.

### Clemenceau und Czernin.

Ein Sonderbericht aus Paris vom 3. April meldet: Clemenceau erhielt während seines Aufenthaltes an der Front Reminis von der Verkünderung des Grafen Czernin, daß Frankreich mit Oesterreich habe verhandeln wollen. Clemenceau erklärte: Graf Czernin hat gelogen.

Vielleicht hat auch Clemenceau sein Gedächtnis im Stich gelassen; das soll bei alten Leuten manchmal vorkommen.

### Die Beschießung von Paris. - Flieger über Paris.

Nach einer amtlichen Hausmeldung aus Paris dauerte die Beschießung von Paris und Umgebung durch das weittragende Geschütz fort. Es fielen ihr Wenigerleben zum Opfer. Es wurde mit Unterbrechung während der Beerdigung der Opfer der Beschießung der Kirche St. Germain.

Nach einer Hausmeldung aus Paris überflogen in der Nacht zum Dienstag Gruppen deutscher Flugzeuge die französischen Linien in der Richtung auf Paris. Sie wurden von den französischen Posten geschloßen. Um 3 Uhr 3 Minuten wurde Alarm gegeben. Die Abwehrbatterien eröffneten ein heftiges Feuer, wobei die feindlichen Flugzeuge leicht machen mußten. In der Umgebung der Stadt wurden einige Bomben abgeworfen. Opfer sind nicht zu bezweifeln; der Schaden ist unbeträchtlich.

Nach einer weiteren amtlichen Hausmeldung erschienen außer den Flugzeugen, die in der Umgebung der Stadt gemeldet waren, ein deutsches Flugzeug in der Nacht auch über der Stadt Paris, das zwei Bomben ab, ohne aber Opfer zu verurlichen.

### Italiens Sozialisten wachen nicht mit.

An der internationalen Arbeiterkonferenz, die in Kanton stattgefunden hat, werden die italienischen Arbeitervertreter nicht teilgenommen. Gründe hierfür werden nicht angegeben. Es ist jedoch bekannt, daß die italienischen Sozialisten von französischen und englischen Arbeitervertretern auf das heftigste angegriffen wurden. Man behauptet in London und Paris die italienische Arbeitervertreter ganz offen, daß sie die italienische Regierung zu einem Sonderfrieden zu nötigen versuche.

### Der Krieg auf dem Meere.

Berlin, 3. April. (Amtlich.) Im westlichen Mittelmeer vertrieben mehrere U-Boote 7 Dampfer und 13 Segler von zusammen mindestens 2000 Tonnenn. Unter den vertriehenen Dampfern, die gesichert und bewaffnet waren, befanden sich der englische Dampfer „Alan Mac Donald“ (1719 Brutto-Registertonnen), der italienische Dampfer „Benigni“ (1755 Brutto-Reg-

tonnen) und „Tripoli“ (1743 Brutto-Registertonnen), sowie der italienische Bewacher „Akrochi“ (1397 Brutto-Registertonnen). Die Segler hatten Schwefel, Phosphat, Erz und Kohle geladen.

Am 21. März beschloß ein U-Boot die besetzte und für den italienischen Transportverkehr wichtige Hafenstadt Civitavecchia mit beschützter Brandwirkung.

Der Chef des Kommandostabes der Marine.

### 24 000 Helfer.

Aus einer Washingtoner „Kreuzer“-Meldung geht hervor, daß sich unter 95 000 amerikanischen Soldaten, die in 47 Staaten ausgeschoben sind, 24 000 Helfer befinden.

### Kleine Nachrichten.

Nach einer Hausmeldung verurteilte das Kriegsgericht die Geheime Helena Brion wegen Propaganda zugunsten des Feindes und zur nachteiligen Beeinflussung der Armee zu drei Jahren Gefängnis mit bedingtem Strafbußzug. Als Widerläufer wurde Muffetard zu sechs Monaten Gefängnis mit bedingtem Strafbußzug verurteilt.

Der Kassationshof hat die Berufung Solas und Porcheres verworfen.

Das Kriegsgericht in Genna verurteilte die ehemaligen Direktoren der elektrischen Gesellschaft, Königshaus, Apt. Martell, Seh, zum Tode des Erschießens. Der Direktor Liebenthal wurde zu 20, Leher zu 15, Saameli Hubert zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt; Martin wurde freigesprochen.

Nach einem Anstedamer Blatt meldet die „Times“ aus Athen, daß das Kriegsgericht die beiden Offiziere Salsopoulos und Galamiras, sowie Adassaka und Kunops zum Tode verurteilte. Zwei andere Angeklagte erhielten 15 Jahre Zuchthaus.

## Bundestag der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.

Der erste Bundestag der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, der zu Ostern in Weimar tagte, eröffnete sich eines stattlichen Besuches. In 200 Delegationen aus allen Teilen Deutschlands hatten sich eingefunden, zum überwiegenden Teil Vertreter des Bundes, ein geringer Teil auch Vertreter kleiner Kriegsbeschädigtenorganisationen, die den Anschluß an die größere Vereinigung erstreben.

Der große Saal der „Erholung“, in dem getagt wird, bot einen eigentümlichen Anblick. Die Zahl der Schwerbeschädigten und Amputierten unter den Delegierten war sehr groß. Mehrfach gemachte man das E. R. I. an dem Kopf der Kongrestteilnehmer. Vertreter der weimarer Regierung und des weimarer Landtages wohnten der Tagung bei, ebenso der Vertreter des Reichstagswahlkreises, Abg. Baubert, Namens der Generalkommission der freien Gewerkschaften hielt Stadtrat Sassenbach eine freundlich begründete Ansprache, in der er betont, daß der Bund eine Zusammenarbeit mit allen Richtungen der Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen erstreben solle.

Der Vorstandsbericht, den Hedemann-Berlin erstattete, zeigte ein rapides Wachstum des Bundes, der in neun Monaten von einer Ortsgruppe mit wenigen Dutzend Mitgliedern auf 200 Ortsgruppen mit über 25 000 Mitgliedern stieg. Die Grundlage der Bundestätigkeit ist die energische wirtschaftliche, soziale und staatsbürgerliche Inzessenvertretung der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer bei Wahrung voller politischer und rechtlicher Neutralität. Die bekannten Vorgänge auf der Versammlung der Vaterlandsparthei in Berlin fanden im Vorstandsbericht kurze Erwähnung.

Den ersten Tag füllten Referate über soziale und wirtschaftliche Fragen der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer. Immer wieder erkundete die Forderung, die Kriegsbeschädigten nicht als Unmündige zu behandeln, sondern ihnen Sitz und Stimme in den öffentlichen Fürsorgeorganisationen zu geben.

Besondere Aufmerksamkeit erweckte das Referat von Hedemann-Ulm, das in sachkundiger Weise namentlich die schweren Mängel des Manufakturwerkzeugergesetzes darlegte. Daneben fand die Frage des Zusammenarbeitens mit den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, das Verhältnis zu den Fürsorgestellen, die Fragen der Kriegsteilnehmer in besonderem Referat eingehende Würdigung.

Die Vormittags-Sitzung des zweiten Tages war angefüllt mit den Einigungsverhandlungen. Diese gestalteten sich oft schwering, da ein Teil der kleineren Verbände die Kriegsteilnehmer aus der Organisation ausscheiden möchte, ein anderer Teil die Vertretung der staatsbürgerlichen Rechte der Kriegsteilnehmer als neutralitätsgefährdend ablehnt. Der Bundestag zeigte im Interesse der Einigung in einigen Punkten weites Entgegenkommen. Die überwältigende Mehrheit beharrte jedoch auf dem Standpunkt, daß auch die Kriegsteilnehmer aufgenommen seien. Hierbei entspannen sich lange Debatten; die Vertreter des Hamburger Bundes Deutscher Kriegsteilnehmer erklärten die Nichtaufnahme der Kriegsteilnehmer zur Vorbedingung der Einigung mit ihrem Verband. Die kleiner und jüdischen Organisationen standen dagegen der Einigung gegenüber. Schließlich wurde eine Einigung mit den Einigungsdeutschen erzielt. Die Vertreter des Hamburger Verbandes, die vorzeitig abreisen mußten, gaben eine der Einigung grundätzlich günstige Erklärung ab. Der Bund führt jetzt den Namen: **Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer.**

## Kaiser Karl und die böhmischen Arbeiter.

Unser Parteiblatt für den nordböhmisches Industriebezirk, die „Freiheit“, berichtet über eine Unterredung, die dieser Tage der österreichische Kaiser mit den böhmischen Arbeitervertretern hatte. Die Bezirkshauptmannschaft hatte an die Vertreter der Organisation des Bezirkes mitgeteilt, daß es der Wunsch des Kaisers sei, bei seinem Besuch in Teplitz auch die Vertreter der Arbeiter zu hören und ihre Wünsche hinsichtlich der Ernährung entgegenzunehmen. Eine rasch zusammenberufene Sitzung der wichtigsten Vertrauensmänner des Bezirkes, in der die politische und gemeinschaftliche Organisation vertreten waren, sprach es einhellig als selbstverständliche Pflicht aus, daß diesem Wunsch des Kaisers, die Stimme der Arbeiter zu hören, Rechnung getragen werde. Es wurden die Genossen Hier sowie die Genossen Garski, Hänsler, Pohl und Seliger dazu bestimmt, an dem Empfang teilzunehmen. Zuerst hielt der Abgeordnete Seliger eine Ansprache an den Kaiser, die den allgemeinen Wohlstand der Arbeiterbevölkerung und ihre Sehnsucht nach Frieden schilberte. Der Kaiser antwortete darauf: „Ich weiß, daß die Arbeiter unter den Ernährungsverhältnissen schwer zu leiden haben, und seien Sie überzeugt, daß ich, was in meinen Kräften steht, tun werde, um ihr Los zu erleichtern. Auch ich lehne mich nach dem Frieden. Glauben Sie mir, auch ich wünsche den Frieden.“

Dann wurde der Genosse Pohl, Sekretär der Bergarbeiter, der in den Kämpfen bei Kolomeo verwundet wurde, vom Kaiser angeprochen, zuerst über seine militärischen Verhältnisse befragt und nach seiner Darlegung des Glubs der Bergarbeiter, die schwer an Unterernährung und Ueberanstrengung leiden, um

Wag im Worten wie Selbiger getroffen. Das gleiche wiederholte sich gegenüber den Genossen Hansler und Gorsky, der für die Metallarbeiter sprach. Als dann noch die Genossin Uster von der Sorge um die Kinder sprach, unterbrach sie der Kaiser mit den Worten, das es auch sein schlichster Wunsch ist, daß für die Kinder gesorgt werde. Er werde gemäß dem Möglichkeiten tun. Und zum Schluß sagte der Kaiser, auch er wolle den Frieden und die Arbeit, um ihn herbeizuführen.

Ueber den Erfolg der Kaiserreise durch die nordböhmisches Masslandsgebiete wird gemeldet, daß die Regierung einen Kredit von zehn Millionen Kronen angewiesen habe. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ sagt dazu: „Das schaut nobel aus, in Wahrheit macht sich die Regierung die „Hilfe“ sehr bequem. Was heißt ein „Kredit“, wenn es an Lebensmitteln fehlt? Kann man, da das Getreide in staatlicher Bewirtschaftung ist, mit den Millionen auch nur einen Laib Brot mehr kaufen? In Wahrheit ist der Kredit nur ein Eingekauf, daß die Regierung nicht helfen kann, weil sie entweder die Lebensmittel nicht zu erfassen vermag, oder weil keine da sind. Die Bevölkerung, die gehofft hat, Brot, Mehl, Fett, Zucker, Kartoffeln zu erhalten, und statt dessen Papiergeld kriegt, wird sich sehr enttäuscht und ernüchtert fühlen.“

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Die Wohnungsnot des Herzogs.

Der Braunshweiger Landtag hat eine Vorlage zugegangen, die für die bauliche Herrichtung herzoglicher Schlösser einen hohen Betrag fordert. In einer der letzten Sitzungen führte der Abg. Wolters zur Begründung der Vorlage an:

Das Residenzschloß in Braunshweig ist an sich solide gebaut und steht noch kernig da, aber es ist auf einem Pfahlrost erbaute, die Feuchtigkeit ist eingedrungen und hat vielfachen Schaden angerichtet. Die Wohnräume der herzoglichen Familien liegen nach Norden und werden niemals von einem Sonnenstrahl erreicht. Die Räume der Dienerschaft sind nicht heizbar. Das Dach ist zum Teil zerstört und die Feuchtigkeit ist auch nach oben eingedrungen. Der Marstall ist vollkommen unzulänglich, ebenso die Wagenremisen.

Nun hat der Herzog von Braunshweig nicht bloß eine Wohnung. Er hat noch Schlösser in Blankenburg, Wolfshüttel und an anderen Orten. Aber auch von diesen Wohngelegenheiten wurden ähnliche Lieder gesungen. Die Landtagssammlung ließ sich auch rühren und bewilligte mit 28 gegen 8 Stimmen die verlangte Summe. Beanstandet wurde allerdings, daß in einer Zeit, in der überall Pferde fehlen, für den Umbau der herzoglichen Marställe — 1 200 000 Mk. verlangt wurden.

## Ernährungsfragen.

### „Anordnungen“.

In unserer Kriegswirtschaft spielen Anordnungen der verschiedenen Wirtschaftsstellen eine erhebliche und manchmal sehr löbliche Rolle. Wie nicht „angeordnet“ werden sollte, dafür liefert die Bezirksstelle in Eickgrün ein Beispiel. Sie hat durch eine „Anordnung“ erreicht, daß Hunderte von Säuglingen der Stadt Görtlich mit einem Schläge ohne jede Mühe zu bekommen. Zu den Mitgliedern der Görtlicher Genossenschafts-Molkerei, die den größten Teil der Görtlicher Einwohnerschaft mit Milch versorgt, gehört auch der Graf Fina v. Finkenheim in Schönbrunn. Als Besitzer der Rittergüter Nieder- und Ober-Schönbrunn bezog er bisher täglich 600 Liter Milch an die Görtlicher Molkerei. Jetzt hat auf einmal die Bezirksstelle angeordnet, daß diese 600 Liter Milch an eine in dem näher gelegenen Hellmannsdorf befindliche Molkerei zu liefern sind. Die Folge ist, daß Hunderte von Säuglingen in Görtlich ohne die für sie dringend erforderliche Nahrung sind, da keiner der Maßnahmen getroffen wurden, um die ausfallende Menge Milch von anderer Seite der Stadt zuzuführen. Von der Bezirksstelle werden „dringende wirtschaftliche Gründe“ als Anlaß zu dieser unbegreiflichen Bestimmung angegeben, die die auf Kosten gesetzten Görtlicher Säuglinge natürlich nicht zett machen. Eine Darlegung dieser „dringenden wirtschaftlichen Gründe“ ist nicht erfolgt. Während in Görtlich die 600 Liter Milch mit zur Ernährung der Säuglinge dienen mußten, wird in der Molkerei, die die Milch jetzt bekommt, Butter und Käse daraus hergestellt. Wie knapp die Milchlieferung der Stadt Görtlich schon bei dem alten Quantum war, muß die Bezirksstelle in Eickgrün wissen. Hat doch der Regierungspräsident erst vor kurzem einen Antrag Groß-Berlins an die Görtlicher Molkerei, Milch nach Berlin zu liefern, abgelehnt mit der Begründung, daß die Milchzufuhr an die Görtlicher Molkerei infolge Futtermangels derzeit zurückgegangen sei, daß die Aufnahme der Milchlieferung nach Berlin „ohne Beeinträchtigung der Versorgung der Stadt Görtlich nicht möglich“ sei.

#### Die Quelle des Schleichhandels bleibt bestehen.

In einer Protokollsammlung des Verbandes der Hotelbesitzervereine gegen die neue Schleichhandelsverordnung erklärte der Vorsitzende, heute könne niemand mehr ohne Schleichhandel seine Existenz erhalten. Dieser Ausdruck, der in der Tat den Nagel auf den Kopf trifft, soweit die Tatsache der unzureichenden Ernährung in Betracht kommt, wirft ein großes Schlaglicht auf die mangelhaften Einrichtungen unserer Ernährungswirtschaft. Das heißt mit anderen Worten: Es sind zwar ausreichend Nahrungsmittel vorhanden, um eine bessere Ernährung sicherstellen zu können, nur werden sie öffentlich nicht erfasst; die sie aber zu erfassen vermögen, gehören zu jenen bevorzugten Schichten, die nach dem Preise nicht zu fragen brauchen. Die Gegner der zwangsläufigen Wirtschaft behaupten, es sei geradezu ein Glück, daß der Schleichhandel als notwendige Ergänzung der öffentlichen Versorgung bestesse und nur ihm sei es, wie sich nach Calmer in seinem „Wirtschaftlichen Tagesbericht“ (22. 3. 18) ausdrückt, zu danken, „wenn die deutsche Bevölkerung bisher nicht verhungerte“. Das Gastwirtschaftsgewerbe bemerkt sich sogar offen darauf, daß die Aufrechterhaltung der Betriebe überhaupt nur durch den Schleichhandel möglich sei. Die überhandnehmenden Geheimabschlachten liefern dafür die beste Bestätigung. Aber wer ist dieses „Glück“ einer besseren Ernährung durch den Schleichhandel bisher teilhaftig geworden? Die große Masse des Volkes sicher nicht. Sie ist auf die kargsten Rationen angewiesen und auf die verkehrsfreien Waren, deren Beschaffung aber oft genug an den hohen Preisen scheitert.

Die Tatsache steht jedenfalls fest, daß außerordentlich große Mengen öffentlich bewirtschafteter Nahrungsmittel der Allgemeinheit entzogen werden. Ist nun die neue Schleichhandelsverordnung geeignet, dem Uebelstande abzuhelfen? Mit nichten. Die Verordnung bedroht mit Gefängnis- und im wiederholten Rückfalle mit Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren und außerdem mit Geldstrafe bis zu 500 000 Mark.

Wer gewerksmäßig Lebens- und Futtermittel für die Höchstpreise festsetzen will, oder die sonst einer Verkehrsregelung unterliegen, unter vorläufiger Verletzung der zur Regelung erlassenen Vorschriften oder unter Verletzung eines anderen zur Verletzung dieser Vorschriften oder unter Ausnutzung der von einem anderen begangenen Verletzung dieser Vorschriften zur Weiterveräußerung erwirbt, oder wer sich in folgender Weise beteiligt:

# Der amtliche Kriegsbericht.

1918. Großes Hauptquartier, 4. April. (Amtlich.)  
Besätlicher Kriegshauptquartier.

An der Schlachtfrente lebte die Gefechtsstätigkeit südlich von der Somme auf. Ueberauschend und nach harter Artillerievorbereitung versuchte der Feind am frühen Morgen und am Nachmittag viermal vergeblich die ihm entziffenen Höhen südwestlich von Moreuil wiederzugewinnen. Unter schweren Verlusten brachen seine Angriffe zusammen.

Vor Verdun und am Maran-Wald vielfach lebhafter Feuerkampf.

### Osten.

Im Einvernehmen mit der finnischen Regierung haben deutsche Truppen auf dem finnischen Festlande Fuß gefaßt.

Von den anderen Kriegshauptplätzen nichts Neues.

### Der Erste Generalquartiermeister.

Zudendorff.

Nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht anzunehmen, daß der Schleichhandel auf Grund dieser Verordnung fühlbar nachläßt. Zwar sind die Strafen mit Recht sehr hoch, aber Strafandrohungen sind nicht geeignet, ein Uebel vollkommen zu bannen, hinter dem der Profit als Antreiber steht und zumal in diesem Falle nicht, weil man nur den Wirkungen zu Leibe geht, statt die Ursachen und Voraussetzungen einzudämmen. Die eigentliche Ursache aber ist die mangelhafte Erzeugung der Erzeugnisse beim Landwirt. Solange diese Fehlerquelle bestehen bleibt, werden sich auch die Folgen zeigen. Die schärfste Strafverfolgung wird nur bewirken, daß sich der Schleichhandel noch mehr als bisher im Verborgenen und auf raffinierte angelegten Wegen bewegt. Das damit verbundene erhöhte Risiko aber wird in noch unmaßigeren Mäßen auf den Verbraucher zu verlagern kommen.

Das Eigenartige an der Verordnung aber ist, daß der ursprüngliche Anstoß zum Schleichhandel und Wucher, nämlich die Vergabe der Ware durch den Erzeuger, von ihr überhaupt nicht betroffen wird, obwohl doch gerade der Landwirt durch Hinterziehung und geschwindigen Verkauf der Ware aus erster Hand das wucherische Treiben erst in Gang bringt. Daß die Preise in dritter und vierter Hand erst zu wucherlicher Höhe emporzuschwellen, spielt dabei keine Rolle. Solange der Produzent als erster seine Ware verhältnismäßig gefahrlos in den Kreislauf des Schleichhandels hineinwerfen kann, wird es selbstverständlich Leute geben, die diesen Umlauf aus Gründen des Profits in Bewegung zu halten suchen. Die Voraussetzungen für den Schleichhandel bleiben also bestehen.

Wie soll es mit dem Rechtsempfinden des Volkes in Verbindung gebracht werden, da Erzeuger, die den Schleichhandel erst lebensfähig machen, indem sie Lebensmittel der Allgemeinheit entziehen und zu Wucherpreisen in den Handel bringen, weniger strafbar sein sollen, als derjenige, der aus der Weitervermittlung ein Geschäft macht? Das eine wie das andere ist ein Verbrechen an der allgemeinen Versorgung.

Die Verordnung ist wieder eine jener halben Maßnahmen, an denen die wirtschaftliche Kriegsführung so überaus reich ist.

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 4. April.

Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner gestrigen Sitzung folgende Anträge des Senates: Verkauf von Landflächen in Moorgrün zum Preise von 4500 Mk. an den Erbpächter Wilh. Wohlmann; einmalige Kriegsteuererleichterungen für die Lehrsche der Zentralischen Zeitschriften und der Brauereibetriebe; Bewilligung von 83 000 Mark zur Weiterveräußerung der letzten Kriegsteuererleichterungen an die städtischen und staatlichen Beamten und ständig beschäftigten Angestellten für den Monat April; Anstellung emer als Jägermeister ausgebildeten Gesundheitsführer (779,17 Mk.); Nachbewilligung von 650 Mk. auf die Ausgaben der Staatsanwaltschaft und 4100 Mk. auf die Ausgaben der Strafanstalt Lauenhof. Der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen wurde der Senatsantrag betr. Anschaffung eines Motorbootes (Kosten 11 000 — 13 000 Mk.) für die Zollverwaltung und Erziehung zweier Bootsführerstellen. In eine Kommission verwiesen wurden die Senatsanträge auf Nachbewilligung von 90 450 Mk. auf die Ausgaben des Polizeiamtes sowie Bewilligung von weiteren 60 000 Mk. für außerordentliche Ausgaben des Polizeiamtes aus Anlaß des Krieges. Ferner wurde angenommen folgender Antrag von Dr. Langenhein: Der Bürgerausschuß beschließt, den Senat zu ersuchen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit baldmöglichst eine Straßenbahnwarte bei der Haltestelle in der Finckelendorfer Allee, Ecke Raackstraße, unter Ausnahme der von dem St.-Gertrud-Verein angebotenen ansehnlichen Beihilfe errichtet werde.

Zusuföhrenten an Kriegswunden und Waisen. Der Bürgerausschuß stimmte in seiner gestrigen Sitzung einem Antrage des Senats zu, der verlangt, daß der Abteilung IV des Roten Kreuzes zur Gewährung von Zufuhrenten an bedürftige Witwen und Waisen gefallener Krieger für die Zeit vom 1. Mai 1918 bis 30. April 1919 aus den zu „Kriegswunden“ zur Verfügung gestellten Mitteln ein Betrag von 120 000 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, bewilligt werde. In der Begründung dieses Antrages führt der Senat folgendes aus: Durch Rat- und Bürgerbeschluß vom 8. Dezember 1917 ist der Abteilung IV des Roten Kreuzes zur Gewährung von Zufuhrenten an bedürftige Witwen und Waisen gefallener Krieger für die Zeit vom 1. November 1917 bis zum 30. April 1918 einschließig aus den zu „Kriegswunden“ zur Verfügung gestellten Mitteln ein Betrag von insgesamt 65 000 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, bewilligt worden. Die Gründe, welche zu der Bewilligung dieser Rentenzuschüsse geführt haben, werden auch für die Folge weiterbestehen. Eine Erhöhung der Renten seitens des Reiches steht zurzeit nicht bevor. Die Spannungen zwischen den Bezüglern der Kriegsfamilien und den Kriegshinterbliebenen bleiben auch für die Folge. Eine Erleichterung durch einen Minderverbrauch von Feuerung im Sommer tritt für die Kriegshinterbliebenen nicht ein, weil der Mehrbedarf hierfür noch durch besondere Unterführungen des Roten Kreuzes, Abteilung IV, im wesentlichen gedeckt worden ist. Die Abteilung IV des Roten Kreuzes hat daher gebeten, den bisher gewährten Zuschuß zu den Renten der Kriegswunden von monatlich 10 Mk. und der Kriegswunden von 5 Mk. auch für das Jahr vom 1. Mai 1918 bis 30. April 1919 zur Verfügung zu stellen.

Der Diebstahl von Feldpostpaketen ist eine Gemeinheit gegen unsere Soldaten, in deren Beurteilung unter allen anständigen Menschen Einmütigkeit besteht. Wie wir bereits am Dienstag berichtet haben, sind jetzt besondere militärische Nach- und Abhelfungsstellen in einer ganzen Reihe von Städten eingerichtet worden, durch welche in etwa sieben Monaten über tausend strafbare Fälle aufgeklärt, 2041 Täter ermittelt und gestohlene bzw. unterschlagene Gegenstände im Werte von über 765 000 Mk. der Heeresverwaltung wieder zugeführt worden sind. Dieser recht bedeutende Erfolg würde sich aber erheblich steigern, wenn die Allgemeinheit die Kommandos unterstützen würde. Nicht nur, wer Angehörige an der Front hat, sondern jeder von uns hat das größte Interesse daran, daß unsere Feldgrauen das bekommen, was ihnen gebührt und zugehört ist. Darum schene sich niemand, die Verfechter, die sich an Sendungen zum und von der Heeresverwaltung, den Kommandos anzuschließen. Nur wenn jeder an seiner Stelle mithilft — und wer wollte dieses nicht, gilt es doch,

die Schlagfertigkeit unseres Heeres zu erhalten und zu erhöhen —, kann dem weiteren Umsichgreifen der strafbaren Eingriffe in fremdes Eigentum und damit einem weiteren Sinken der Moral Einhalt geboten werden. Mittel sind bereitgestellt, den Angehenden in geeigneten Fällen eine Belohnung zuteil werden zu lassen. Die Angelegenheit ist zu richten: An die Nach- und Abhelfungsstellen in Düsseldorf.

Aufhebung der Kasse der Oberschulbehörde. Zwecks Vereinfachung des Beschäftigungsablaufs ist die Kassen- und Rechnungsführung der Oberschulbehörde mit Wirkung vom 1. d. Mts. auf die Stadtkasse übertragen. Die Debitoren des Schulgeldes sind jedoch vom 1. Vierteljahr des Schuljahres 1918/19 ab bei der Steuerbehörde zu zahlen. Das bis Ostern d. J. zu entrichtende Schulgeld ist nun an die Kasse der Oberschulbehörde abzuführen. Im übrigen wird auf die Bekanntmachung der Oberschulbehörde in der heutigen Ausgabe unserer Zeitung verwiesen.

Höchstpreise für Zuderwaren. Die Zacherthrift Gordian in Hamburg erklärt in den Heften 549 und 550 vom 9. und 23. März Berwahrungen an die deutschen Zuderwarenfabrikanten, die ihre Süßwaren zu unangemessen hohen Preisen in den Verkehr bringen. Seit Monaten müssen die Verbraucher für einfache Bonbons oft einen Pfundpreis von 8—12 Mark und mehr bezahlen, während der „angemessene“ Preis zwischen 2,40 und 3 Mark liegen soll. Zu einem solchen Preise waren nur äußerst selten Bonbons anzutreffen. Das Kriegsernährungsamt, dem diese Angelegenheit natürlich ebenfalls längst bekannt sind, wird nun in aller nächster Zeit eine Sortenbeschränkung und Höchstpreisbestimmung vornehmen. Der Gordian schlägt vor, drei Monate lang nur eine einzige, und zwar die billigste Sorte von hartausgekochten Bonbons zuzulassen, die dann vielleicht mit 60 Pfennige das Viertelpfund im Kleinhandel verkauft werden dürfte. Die bestehenden freien Verbände hätten eine Einigung des Marktes nicht durchgeführt, so müßten denn auch die Bonbons unter Preisaufsicht der Regierung genommen werden.

Im Lagersaal fand gestern ein Konzertabend statt, der gemitliche Empfindungen weckte. Die hiesige Kammermusikvereinigung, bestehend aus den mit Recht sehr geschätzten Künstlern Prof. Hofmeister (Klavier), Frau Sazanto (Violine) und Corhabe (Violine) brachte in schön ausgeglichener, laudabler Ausführung Gandens „Four Trio“ und Rob. Schumanns „Trio in D-Moll“ zu Gehör und bot damit das Wertvolle des Konzerts, dessen ausgedehnten Teil Selva Rothenburg übernommen hatte, eine Dame, deren stimmbeladenen wohl mancherlei Vorzüge nachzurühnen sind, die aber noch in Ausdrucks und Technik die Reife fehlt, welche für ein öffentliches Auftreten erforderlich sind. Auch die Wahl ihrer Lieder und Lieder war nach unserem Geschmack nicht sehr glücklich. Ein erheblicher Teil des Publikums wartete unter vielen Umständen den Schluß der Veranstaltung nicht mehr ab, sondern entfernte sich nach dem Trio von Schumann.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Lastauto und einem Straßenbahnwagen der Linie 3 ereignete sich heute mittag 11,40 Uhr in der Bedergrove. Das zum Rohlentransport benutzte Auto mit Anhänger beabsichtigte, in die Durchfahrt des Stadttheaters einzufahren als der Straßenbahnwagen von der Pfaffenstraße herkam. Bei der Kollision wurde der Perron des Straßenbahnwagens beschädigt, die dort befindlichen Glasfenster zertrümmert und die Führerin leicht verletzt. Die Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

Der „Wolfs“ Kreuzerfahrt. Man schreibt uns: Ein ganz besonderer Genuß steht dem Lübecker Publikum am Freitag dieser Woche in Aussicht: Der Kapitänleutnant Wittgenstein, z. S. 1. Offizier auf dem in unterem Hofen liegenden Gültkreuzer „Wolfs“ wird unter Borziana zahlreicher hochinteressanter Lichtbilder über die Erlebnisse, die Leiden und Freuden während der sechzehnmonatigen Kreuzerfahrt des wackeren Schiffes berichten. Wir besonders Freude dürfen wir uns begrüßen, daß dieser Vortrag hier in Lübeck zum ersten Male gehalten wird, wie auch die Lichtbilder hier zum ersten Male nach den Festtagen in der Reichshauptstadt gezeigt werden. Gerade um uns Lübeckern werden die Rückmeister des rauhen Sees das Interesse an außerordentlicher Spannung und herlicher Anteilnahme verfolgt werden; ist uns doch die wackeren Belohnung des Schiffes in den Wochen des hiesigen Luftschutzes in vielfacher Weise wohlbekannt und vertraut geworden. Es versteht sich also wohl von selbst, daß diese wateridische Veranstaltung auf einen außerordentlich zahlreichen Besuch aus allen Kreisen der Bevölkerung rechnen darf. Der Beginn ist auf 8 1/2 Uhr festgelegt; zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. erhoben. Ververkauf bei Rasel am Markt.

Die Volkstische verabsorgte im Monat März 30 924 große Portionen. Es wurde an 30 Tagen gefoch; pro Tag 1031 Portionen. Ferner wurden ausgegeben 6883 große Tafeln Kaffee zu 10 Pfg., für 6398 Mk. Abendessen und für 713,70 Mk. Kinderpflegung.

Hamburg. Die „Produktion“ im Jahre 1917. In der Generalversammlung der „Produktion“ gab Geschäftsführer Mendel den Geschäftsbericht für 1917. Die Zahl der Mitglieder ist im verfloffenen Jahre um 9680 gestiegen. Am Jahresabschluss waren 105 483 Mitglieder vorhanden. Der Gesamtanteil der Mitglieder ist von 1 619 546,87 Mk. auf 1 857 825,73 Mk. gestiegen. Der Notstands ist auf 20 075 889,59 Mk. gestiegen. Die Zunahme beträgt 467 847,23 Mk., dazu kommen noch 900 000 Mark aus 1917. Die Sparkasse der „Produktion“ hatte am 31. Dezember 1917 einen Bestand von 12 613 852,52 Mk., was ist gegen den Jahresbeginn eine Zunahme von 3 040 562,89 Mk. ungenügend die 177 000 Mk., die von den Sparern aus ihren Spareinlagen für die Kriegsanleihe hergegeben wurden. Auch der Wohnungsfonds hat zum ersten Male in der Kriegszeit eine Zunahme von 2540,78 Mk. erfahren. Die Bautätigkeit war, wie in den vorhergegangenen Kriegsjahren, nach außen weniger sichtbar. Sie beschränkte sich in der Hauptsache auf Umbauten in den Betrieben. In Voraussicht kommender Wohnungsnot wurden verschiedene Grundstücke erworben. Mehr als die Hälfte der Mieter haben Mietereinnahmen, die im letzten Jahre 38 524 Mk. erforderte. — Der Warenvorkaufsfonds zeigt eine ständige Abnahme seiner Vorkaufsumme. Es wird vorgeschlagen, den Reingewinn der Genossenschaft, der diesmal 89 175,86 Mk. beträgt, wie folgt zu verteilen: Reservefonds 30 000 Mk., Bildungsfonds 40 000 Mk., Warenvorkaufsfonds 2000 Mk., Unterstützungsfonds 17 175,86 Mk. — Der Steuerprozess der „Produktion“ ist in der Hauptsache gewonnen. Es sind bedeutende Summen eripart, die erst 1918 zur Verrechnung kommen. Strittig bleibt auch noch die Schenkungssteuer, die der Stiftung des Kindererziehungsheims „Produktion“ auferlegt ist. — Das Feuererziehungsrecht ist durch die kürzlichen Tätigkeiten der Auslieferungsgesellschaft außerordentlich ausgedehnt worden. Jetzt hat die Versicherungsumme schon 10 Millionen Mark überdritten. — Die genossenschaftliche Kriegskasse verabschiedete folgende Zahlen: Es wurden aufgewandt für Familienunterstützungen 664 169 Mk., für Feuerungsanlagen 782 248 Mk., für Mieterklasse 110 766 Mk., zusammen 1 557 183 Mk. Außerdem haben das Rote Kreuz, die verlassenen Kriegskämpfer und die Kriegswunden Unterstützung erhalten. Der Gesamtumsatz der Handelsgesellschaft „Produktion“ belief sich auf 50 649 534,47 Mk., oder 4 214 607,16 Mk. mehr als in 1916. Das Gesamtgeschäft gestattete die Ausgabe von 5 Prozent Rabatt an die Mitglieder der Genossenschaft; dafür sind 1 300 000 Mk. ausgekehrt. Die Fäckererzielte 1917 einen Umsatz von 4 496 928,03 Mk. gegen 4 569 004,32 Mark im Jahre 1916. Der Minderumsatz von 72 076,29 Mk. erklärt sich daraus, daß nur noch eine Brotborte hergestellt wird. Die Schlachtererzielte 1917 einen Umsatz von 9 819 388,21 Mark gegen 7 914 037,61 Mk. im Jahre 1916. Der Minderumsatz beträgt also 1 935 342,60 Mark. Der Großhandelsumsatz der Schlachtereier beliefte sich 1917 auf 21 940 538,88 Mk. gegen

17 883 888,15 Mt. im Jahre 1916. Der Weizenanbau betrug also 1 408 640,70 Mt. Das geschäftliche Ergebnis der Schlachtereien ist nicht so günstig wie im vorigen Jahre. Die Zahl der Molkereien hat sich in dem Berichtsjahre um zwei vermehrt. Es sind Betriebe in Eddelau und Hemmingstedt in Dithmarschen hinzuerworben worden. Doch ist es bisher noch nicht möglich gewesen, Milch in beträchtlicher Menge aus diesen Orten nach Hamburg auszuführen. Es wurden in den Läden der „Produktion“ 871 539 Liter Milch gegen 1 064 847 Liter in 1916 vertrieben. Das Geschäftsergebnis des Gutes Schwandebide ist in diesem Jahre beeinträchtigt durch eine vollständige Missernte im Körnerbau. Die Viehzucht steht, an den jetzigen Futterverhältnissen gemessen, günstig, doch ist der Viehbestand zurückgegangen. Die Kartoffelernte war gut. — Für die soziale Fürsorge der Angehörigen wurden aufwendet: In Gehalt während der Ferienzeit 82 098,66 Mt., an Gehalt in Krankheitsfällen 54 768,28 Mt., für Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung 241 115,38 Mt., für Unfallversicherung 42 365,50 Mt., für Unterkunftsstellen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 17 848,94 Mt. zusammen 438 197,06 Mt. — Für das Kindererholungsheim wurde das Hotel „Elisabethbad“ in Hasfrug an der Döbe erworben. Falls die behördliche Erlaubnis erteilt wird, wird demnächst mit den nötigen Umbauten begonnen. Wie wir durch die Organisation der Sammlung von Material Kriegshilfe im besten Sinne leisten, so werden wir auch der Frage der Möbelbeschaffung für die Kriegsgesetzten näher treten und Möbel in der eigenen Tischlerei herstellen. Die Zukunft wird uns vermehrte Arbeit bringen, aber wir sehen ihr in Ruhe entgegen, denn wir fühlen uns auf die erprobte Treue der Mitglieder. Die vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes wurde einstimmig genehmigt.

**Widberg, Töblich** verunglückt. Die fünfjährige Tochter Erna des Rangierers Hansen lief, während die Mutter die Schienen niederlegte, unter die rangierende Lokomotive des neuankommenden Zuges beim Bahnübergang am Maschinenhaus. Der herbeigerufene Arzt stellte Arm- und Schädelbruch und den dadurch herbeigeführten Tod fest.

**Bremen. Feindliche Spionage.** Durch Urteil des außerordentlichen Kriegesgerichts in Bremen vom 26. März d. J. wurde der Schlosser Gerhard Bunt in Bremen wegen vollendeten Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Bunt war durch Agenten des berüchtigten englischen Spionagebureaus in Holland zum Verrat an eigenen Vaterlande verführt worden. Das Motiv zu seiner Tat war lediglich Gewinnucht. Der Mittäter steht ebenfalls strenger Bestrafung entgegen.

### Für unsere Feldgrauen.

**Die Rechtsverhältnisse der Vermissten.**  
Die Zahl der Vermissten ist in diesem Kriege ziemlich erheblich. Im Stellungskrieg bleiben stets zwischen den feindlichen Gräben Lotsen liegen, die nicht beerdigt werden können und deren Identität schließlich gar nicht mehr festgestellt werden kann. In den Verlustlisten werden zunächst die Leute, über deren Verbleib nichts festgestellt werden kann, als vermisst bezeichnet. Stellt sich dann heraus, daß der einzelne Mann verwundet in Lazarett liegt, oder gefallen, oder in Gefangenschaft geraten ist, dann wird er entsprechend rubriziert, sobald als Vermisste schließlich nur die Leute übrigbleiben, über deren Verbleib absolut nichts festgestellt werden konnte. Dabei ist es natürlich nicht ausgeschlossen, daß der eine oder der andere der Vermissten später doch noch auftritt.

Die Gehaltszahlung für vermisste Offiziere endet mit dem Ende des Monats, in dem sie vermisst worden sind. Den Angehörigen kann aber von der Weisung die Zahlung bis zu sieben Jahren der Kriegsbeziehung zugesichert werden, insbesondere dann, wenn der Vermisste ihren Unterhalt bestritten hat. Den

Angehörigen verminderter Unteroffiziere und Mannschaften kann die Wohnung ganz oder teilweise bewilligt werden, wenn Bedürftigkeit vorliegt. Die Bewilligung dieser Zahlung findet frühestens ein Monat nach dem Vermisstenfall. Daneben wird die reichsgehehlte Familienunterstützung weiterbezahlt und zwar, wenn nicht mittlerweile das Schicksal des Vermissten festgestellt wird, bis zu dem Tage, an dem der Truppteil, dem er angehörte, auf den Friedensstand zurückgeführt wird. Stellt sich heraus, daß der Vermisste tot ist, dann fallen Familienunterstützung und Wohnung fort, und es tritt die Hinterbliebenenunterstützung ein. War der Vermisste Reichs- oder Staatsbeamter, so hat seine Familie Anspruch für die Dauer des Vermisstenanspruchs auf das Zivildienstentgelt. Wie es in letzterem Falle bei den Kommunalbeamten gehalten wird, ist noch nicht genügend geklärt. Die bewilligten Wohnungsbeträge gelten nach dem Kommentar von Olshausen zum Militärhinterbliebenengesetz als Vorhülle auf etwa später fällig werdende Hinterbliebenenbezüge und sind im Falle des Todes des Kriegsteilnehmers, soweit sie bei der Anweisung fällig sind, anzunehmen.

Wenn das Ableben des Vermissten mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dann kann die Militärbehörde den Hinterbliebenen die Kriegsverzinsung auch schon vor der Todeserklärung gewähren, womit dann alle anderen Zuwendungen in Wegfall kommen. Der Bundesrat hat am 18. April 1916 auch eine besondere Verordnung erlassen, wonach ein Kriegsteilnehmer, der während des Krieges vermisst worden ist, im Wege des Aufgebotsverfahrens für tot erklärt werden kann, wenn von seinem Leben ein Jahr lang keine Nachricht eingegangen ist. Für die Bemessung der Jahresfrist ist der Eingang der letzten Nachricht von dem Leben des Vermissten entscheidend. Das Gericht kann aber das besondere Umständen des Falles anzunehmen ist, daß doch noch ein Lebenszeichen des Verschollenen eintreffen könnte. Das Recht, den Antrag auf Todeserklärung zu stellen, hat auch die Staatsanwaltschaft, für den Fall, daß die Angehörigen es ablehnen, diesen Antrag zu stellen, wiewohl mit Sicherheit das Ableben des Vermissten anzunehmen ist.

### Mahnung an die Schreiber von Feldpostbriefen.

Die Redaktionen unserer Parteipresse werden nun seit Jahren mit Feldpostbriefen, die Anfragen enthalten, geradezu überflutet. Auskünfte werden immer gerne erteilt, aber die Briefe leiden zu meist daran, daß sie zu lang sind und eine solche Menge von Nebenächlichkeiten enthalten, daß es mitunter recht schwer ist, herauszufinden, was der Briefschreiber eigentlich zu wissen wünscht. Je knapper gefaßt die Anfrage ist, desto rascher und klarer kann die Antwort erfolgen. Wenn ein Feldgrauer wissen will wie viel Brot ihm pro Tag zusteht, dann ist es nicht nötig, daß er vorher seine ganze militärische Laufbahn schildert. Die Zusicherung, später tüchtig für die Partei und Gewerkschaft arbeiten zu wollen, ist erfreulich, ihre besondere Betonung aber nicht erforderlich, weil das eine Selbstverständlichkeit sein muß. Mit dem Unfug sollte aber unter allen Umständen gebrochen werden, anonym zu schreiben. Mit einem Briefe, der die Unterschrift trägt: „Viele Landsknechte“, ist absolut nichts anzufangen. Wer an die Redaktion eines Parteiblattes schreibt, der muß auch den Mut haben, seinen Namen zu nennen, umso mehr als jede Redaktion darüber die strengste Verschwiegenheit bewahrt. Also kurz und ohne Umschweife fragen, was man zu wissen wünscht, damit erspart man den mit Arbeit überlasteten Redaktionen viel kostbare Zeit und erleichtert die Antwort.

### Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften und der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. Eine Konferenz der Vorstände der freien Gewerkschaften, die am 25. März 1918 unter

dem Vorsitz des amstagsabgeordneten Legien tagte, hat im eingehenden Aussprache zur Frage der Kriegsbeschädigten- und Kriegsteilnehmerorganisation Stellung genommen. Die Konferenz faßte nahezu einstimmig folgenden Beschluß: „Die Konferenz sieht keinen Anlaß, zu dem Bunde der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer in bezugnehmendem oder ablehnendem Sinne Stellung zu nehmen. Gegen die Förderung des Bundes durch die Gewerkschaftsfunktionäre bestehen keine Bedenken. Eine Verpflichtung in dieser Hinsicht kann jedoch niemand auferlegt werden. Die Entsendung einer Vertretung zu dem einkommenden Bundestag wird der Generalkommission anheimgestellt.“ — Wie wir hören hat die Generalkommission bereits beschloffen sich auf dem Bundestage des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer in Weimar durch Stadtrat Sassenbach-Weimar vertreten zu lassen. — Auch die Sirisch-Dunerschen Gewerkschaften erkundeten eine Vertretung nach Weimar. Von den Christlichen Gewerkschaften liegt noch keine endgültige Zusage vor.

**Theaterfreit in Stockholm.** Die Statisten am Kgl. Theater zu Stockholm — zirka 80 an der Zahl — haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt.

### Neueste Nachrichten.

**Englische Bestürzungen.**  
Kopenhagen, 3. April. Wie aus London telegraphisch wird, beschäftigen sich die englischen Zeitungen mit der Gefahr der Beschädigung der englischen Küste durch die deutschen weittragenden Geschütze und fordern die militärischen Sachverständigen auf, ähnliche Geschütze herzustellen. Die Blätter führen bei dieser Gelegenheit ein Telegramm aus Washington an, wonach der amerikanische Marineminister bereits den militärischen Sachverständigen den Befehl (!) erteilt hat, Geschütze herzustellen, die Geschosse 105 englische Meilen weit schleudern können. — Als wenn das so einfach wäre!

**Die englische Niederlage.**  
Amsterdam, 3. April. Rottedamer Blätter berichten aus London, daß man sich dort jetzt allgemein mit der Frage nach der Ursache der englischen Niederlage in Frankreich befaßt. Es stehen sich dabei zwei Richtungen gegenüber. Die eine macht die englische Heerführung für die erlittene Schlappe verantwortlich, während die andere der Regierung vorwirft, dem Marschall Haig nicht genügend Mannschaften zur Verfügung gestellt zu haben. Aus diesem Streit der englischen Presse ist als besonders bemerkenswert zu betrachten, daß man jetzt endlich zugibt, durch den deutschen Angriff in Frankreich schwere Niederlagen erlitten zu haben.

**Entsendung brasilianischer Truppen.**  
Genf, 3. April. Nach einer Meldung des „Petit Journal“ aus Rio de Janeiro hat die brasilianische Regierung die Entsendung von Truppen nach Europa beschlossen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

### Brennstoffkarte H.

(Siehe Verordnung über die städtische Brennstoffversorgung vom 11. Dezember 1917; Lübeck, Nr. 581).  
Für den Stadtgemeinbezirk wird verordnet:  
I.  
Die Brennstoffarten G verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf des 7. April 1918. Dies gilt nicht, soweit vorher auf die Karten Brennstoffe bestellt worden sind.  
Mit demselben Zeitpunkt verlieren alle Brennstoffarten A, B, C, E und F ihre Gültigkeit.  
Die Abgeber von Brennstoffen (Händler, Verbrauchsgenossenschaften oder sonstige Bezugseinrichtungen) haben die ihnen vorliegenden ungültigen Brennstoffarten anzuhalten und der Ortsstellenstelle einzureichen.  
II.  
Am 8. April 1918 werden die Brennstoffarten H verwendbar.  
Eine Brennstoffarte H erhalten diejenigen Haushaltungen, die am 1. September 1917 weniger als 30 Zentner Brennstoff im Besitz gehabt haben. Ueber die Ausgabe ergeht eine besondere Bekanntmachung.  
Die Abholung ist denjenigen Haushaltungen verboten, die zurzeit im Besitz von mindestens 5 Zentnern Brennstoff (d. h. Steinkohlen, Anthrazit, Steinkohlebräun, Braunkohlebräun, Braunkohlebräun und Koks) sind.  
III.  
Die Verordnung vom 11. Dezember 1917 findet Anwendung. Lübeck, den 3. April 1918. (1620)  
Das Polizeiamt.

### Bekanntmachung.

Auf den Abschnitt 19 der Bezugskarte für Eier des Lebensmittellistenheftes und der Lebensmittelkarte kann in der Zeit vom 5. April bis 14. April ein Ei verabschiedet und erlassen werden. Lübeck, den 4. April 1918. (1619)  
Das Polizeiamt.

### Bekanntmachung.

Die Kassen- und Rechnungsführung der Oberstadthalbehörde ist mit Wirkung vom 1. April 1918 auf die Stadthalter übergegangen. Eine Ausnahme hiervon bildet die Hebung des Schmelzgeb, die von der Steuerbehörde erfolgen wird.  
Die Kassen- und Rechnungsführung für das Rechnungsjahr 1917 wird nach von der Kasse der Oberstadthalbehörde zu Ende geführt werden. Dies gilt u. a. auch für die Hebung der rückständigen und der im Operierum fällig gewordenen Schulgebühren.  
Lübeck, den 4. April 1918. (1614)  
Die Oberstadthalbehörde.

**Johanneum zu Lübeck.**  
Die Aufnahme der neuen Schüler findet am Montag, dem 8. April d. J., um 9 Uhr vormittags statt. (1613)  
Beginn des Unterrichts am Dienstag, dem 9. April d. J., um 7.30 Uhr, Vorsitzende 8.45 Uhr.  
L. V. Prof. Dr. Freund.

**Möbl. Zimmer zu vermieten**  
1615) Giese-Grube 2.

### Ausgabe von Brennstoffarten.

Die Brennstoffarten H, J, K und L werden am Freitag, dem 5. April 1918 und am Sonnabend, dem 6. April 1918 ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt:  
1. für Travemünde und Gneversdorf bei dem Polizeibezirk Travemünde,  
2. für Siem- und Danischburg bei dem Polizeibezirk Danischburg,  
3. für Schlutup bei dem Polizeibezirk Schlutup,  
4. für Rüdigh- und Herrenhof bei dem Polizeibezirk Rüdigh,  
5. für Moisling und Gemin bei dem Polizeibezirk Moisling,  
6. für den übrigen städtischen Gemeinbezirk in Lübeck und zwar:  
a) die Vorstadt St. Gertrud, Israelisdorf, Gohmund in der Polizeiwache St. Gertrud,  
b) von der inneren Stadt die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis G im Hause Königstraße 27-31 (Katharinenum),  
c) von der inneren Stadt die Straßen mit den Anfangsbuchstaben H bis Z im Hause Fleischhauerstraße 73 (Ill. Anaben-Mittelschule),  
d) die Vorstadt St. Jürgen im Hause Kalandstraße 8 (St.-Jürgen-Schule),  
e) die Vorstadt St.-Lorenz-Süd im Hause Moislinger Allee 32 (St.-Lorenz-Schule),  
f) die Vorstadt St.-Lorenz-Nord die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis R im Hause Danisastraße 16 (Polizeiwache),  
g) von der Vorstadt St.-Lorenz-Nord die Straßen mit den Anfangsbuchstaben S bis Z sowie Krempelsdorf und Bormerk im Hause Kirchenstraße 5a (St.-Lorenz-Schule).  
In der Zeit von 9 bis 1 Uhr vormittags und 3 bis 7 Uhr nachmittags.  
Das Lebensmittelkartenheft des Haushaltungsvorstandes ist mitzubringen.  
Nicht rechtzeitige Abholung hat die Verfassung der Brennstoffkarte zur Folge. Wird nachgemeldet, daß die Verfassung nicht auf Verlangen beruht, so kann die Karte von der Ortsstellenstelle nachträglich gegen eine Gebühr von 50 Pf. erteilt werden. Ueber den Zeitpunkt der Verwendbarkeit der Karten ergehen besondere Bekanntmachungen.  
Lübeck, den 3. April 1918. (1621)  
Das Polizeiamt.

### Erdarbeiter gesucht.

**Baustelle Moislinger Brücke.**  
1612) Bauamt, Abt. Tiefbau.  
**LEDERSOHLE**  
Hansa  
seit 3 Jahren bewährter Erfolg der Lederherstellung.  
Vertaufstellen:  
Hofendanger Allee 48  
Kreuzstraße 29  
Kreuzstraße 3  
Schlammhägerstraße 6.  
**Vaterländischer Abend.**  
Lichtbildervortrag  
des Herrn Kapitanleutnant  
Nitschewsky vom Hilfskreuzer  
„Wolf“:  
„Des „Wolf“ Kreuzfahrt“  
am Freitag, 5. April, 8 1/4 Uhr  
in der Stadthalle. (1617)  
Eintritt 50 Pfennig.  
Vorverkauf bei Kugel am Markt.

Wir suchen für unseren Betrieb  
**ungelernte Arbeiter, Plabarbeiter**  
in größerer Zahl, ferner  
**Maschinenschlosser, Zimmerleute, Lokomotivführer, Rangierführer, Rangierer, Heizer.**  
**Arbeiterannahmestelle Fabrikfabrik Bremm, Rathenow, Bahnhofstr. 22.**

**Alle Arbeiter**  
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei  
**Otto Albers**  
Markt 4, Kohlmarkt 10.  
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lubeck.

**Stadttheater.**  
Donnerstag, d. 4. April 1918  
Schauspielgemeinde  
**Hans im Schnakenloch.**  
Schauspiel v. René Schickele.  
(Gelbe Karten.)  
Freitag, den 5. April 1918:  
**Fra Diavolo.**  
Sonnabend, d. 6. April 1918:  
Schauspielgemeinde  
**Hans im Schnakenloch.**  
(Rote Karten.)  
Anfang der Vorstellungen  
7 Uhr.

**Hansa-Theater.**  
Heute abend 7 1/2 Uhr:  
**Immer feste drauf!**

**HANSA-THEATER.**  
Freitag, den 5. April, abends 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel **Carl Tralow**  
vom Carl-Schulze-Theater, Hamburg.  
Operette von Walter Kollo.  
1611  
**Hans Klaus... Carl Tralow als Gast.**  
— Gewöhnliche Preise. —  
Vorzugskarten haben keine Gültigkeit.

### Eine Rede Czernins über Krieg und Frieden.

Wien, 2. April. Unter Führung des Bürgermeisters der Reichshaupt- und Residenzstadt in Wien erschienen heute die Mitglieder der Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates beim Minister des Innern. Bürgermeister Dr. Weisbacher richtete an den Grafen Czernin eine Ansprache, auf die Graf Czernin antwortete:

Ich bin sehr gern bereit, auf die mir von Sr. Excellenz dem Bürgermeister gestellten Fragen zu antworten und den hochverehrten Herren sowohl als der weiteren Öffentlichkeit damit einen genauen Einblick in die politischen Verhältnisse, so wie ich sie im Augenblick sehe, zu gewähren. Mit dem rumänischen Friedensschluss ist der Krieg im Osten beendet. Drei Frieden wurden geschlossen; mit Petersburg, mit der Ukraine und mit Rumänien. Ein Kapitel dieses Krieges ist erledigt. Bevor ich mich den einzelnen geschlossenen Frieden zuwende und des genaueren über deren Details spreche, möchte ich auf jene Ausführungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten juristisch eingehen, in denen er meine am 24. Januar 1918 im österreichischen Delegationsauswahlgang für Außereuropäische Länder Rede beantwortete. In manchen Weltteilen werden die Reden Wilsons als der Versuch aufgefasst, einen Keil zwischen Wien und Berlin zu treiben. Ich glaube das nicht. Ich glaube das nicht, weil ich eine viel zu hohe Meinung von dem staatsmännischen Blick des Präsidenten der Vereinigten Staaten habe, um zu glauben, dass er eines solchen Gedankenangesanges fähig wäre. Wilson ist ebensovorn imstande, uns ein urehrliches Vorgehen zuzumuten, wie wir ihm ein solches zumuten könnten. Wilson will Wien von Berlin nicht trennen. Er will es nicht und weiß auch, dass das unmöglich ist. Wilson sagt sich aber vielleicht, dass Wien ein günstiger Boden ist, um dort das Samen Korn des allgemeinen Friedens hineinzulegen. Er sagt sich vielleicht, dass die österreichisch-ungarische Monarchie das Glied hat, den Herrscher zu besitzen, der aufrichtig und ehrlich den allgemeinen Frieden will, dass dieser Monarch aber niemals Treubruch begehen, niemals einen schimpflichen Frieden schließen wird, dass hinter Kaiser und König 55 Millionen stehen. Wilson sagt sich vielleicht, dass diese geschlossene Masse eine Kraft darstellt, die nicht gering einzuschätzen ist und dass dieser eheliche starke Friedenswille, welcher den Monarchen und die Regierungen der Völker der beiden Staaten verbindet, imstande ist, der Träger des großen Gedankens zu sein, in dessen Dienst sich Wilson gestellt hat.

Bevor ich auf die letzten Ausführungen Wilsons eingehe, muß ich ein Mißverständnis aufklären: Ich erklärte in meiner letzten, im österreichischen Delegationsauswahlgang gehaltenen Rede auf diese einschlägige Anfrage, daß Wilson bereits im Besitze meiner Ausführungen sein dürfte. Wilson hat dies später richtig gestellt und hervorgehoben, daß es sich hier um ein Mißverständnis handeln könne; denn ein direkter Kontakt zwischen mir und ihm bestehe nicht. Wilson hat vollständig recht; es handelt sich hier um ein Mißverständnis. Ich trug vor meiner damaligen Rede Sorge dafür, daß deren Wortlaut von einer nicht-offiziellen Stelle aus dem neutralen Auslande nach Washington telegraphiert wurde, um dergestalt einem eventuellen Mißverständnis oder einer Entstellung vorzubeugen. Ich dachte, daß dieser Text in dem Augenblick, als ich meine Rede hielt, bereits in Washington angelangt sein dürfte; er scheint jedoch erst einige Tage später dort eingetroffen zu sein. An der Sache ändert dies gar nichts. Der Zweck, den ich verfolgte, daß der Präsident der Vereinigten Staaten den genauen Wortlaut meiner Ausführungen kennen lernte, wurde erreicht. Die kleine Verzögerung von einigen Tagen war vollständig nebensächlich.

Zur Antwort des Präsidenten kann ich nur sagen, daß ich es für sehr wertvoll halte, daß der deutsche Reichskanzler in seiner ausgezeichneten Rede vom 25. Februar mir die Antwort aus dem Munde nahm und erklärte, die vier von Wilson in seiner Rede am 11. Februar entwickelten Grundzüge seien die „Basis, auf welcher der allgemeine Frieden erörtert werden kann“. Ich stimme dem vollkommen bei. Die vier Punkte des Präsidenten sind die geeignete Grundlage für den Eintritt in die Diskussion zum allgemeinen Frieden. Ob der Präsident in den Bestimmungen seiner Verbündeten auf dieser Basis einen realisierten Erfolg haben wird oder nicht, steht dahin.

Gott ist mein Zeuge, daß wir alles versucht, was möglich war, um eine neue Offensive zu vermeiden; die Entente wollte nicht. Clemenceau fragte einige Zeit vor Beginn der Werkstofftage bei mir an, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einkommen mit Berlin geantwortet, daß ich hierzu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicke, als den Wunsch Frankreichs nach Elsass-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln. Daraufhin gab es keine Wahl

mehr. Das gewaltige Ringen im Westen ist bereits entbrannt; österreichisch-ungarische und deutsche Truppen kämpfen Schulter an Schulter, wie sie zusammen in Rußland, Serbien, Rumänien und Italien gekämpft haben. Wir kämpfen vereint zur Verteidigung Österreich-Ungarns und Deutschlands. Unsere Armeen werden der Entente beweisen, daß die französischen und italienischen Aspirationen auf unsere Gebiete Utopien sind, die sich nicht verwirklichen werden. Die Erklärung aber für dieses an Wahnsinn grenzende Vorgehen der Ententemächte liegt zum größten Teile in gewissen Vorgängen in unserem Hinterlande, auf die ich noch zurückkommen werde. Was immer auch komme, wir geben Deutschlands Interessen nicht preis, wie es uns nicht im Stiche lassen wird. Die Treue an der Donau ist nicht geringer als die deutsche Treue. Wir kämpfen nicht für imperialistische Ziele, weder für eigene noch deutsche, wohl aber werden wir gemeinsam bis zum Schluß gehen für unsere Verteidigung, für unser staatsliches Leben und unsere Zukunft.

Durch die Friedensverhandlungen mit Rußland wurde die erste Brezhe in den Kriegswillen unserer Feinde geschlagen, es war der Durchbruch des Friedensgedankens. Es ist ein Beweis kindischen Diktatorismus, zu übersehen, in welchem engen inneren Kontakt die verschiedenen Friedensschlüsse miteinander stehen. Die Konstellation der uns feindlichen Mächte gliedert sich umher; mit dem Durchbrechen einer Mäule löst sich die andere von selbst. Wir erkennen vorerst die im Innern Rußlands vollzogene Trennung der Ukraine vom russischen Reich international an und mühten die daraus entstandene günstige Situation für unsere Zwecke aus, indem wir mit der Ukraine den von ihr angebotenen Frieden schlossen. Dies führte den Frieden mit Petersburg herbei, wodurch Rumänien de facto isoliert wurde, daß es gleichfalls Frieden schließen mußte. So zog ein Frieden den andern nach sich und brachte den gewollten Erfolg, die Beendigung des Krieges im Osten. Mit der Ukraine mühten wir beginnen aus technischen und materiellen Gründen, die Blockade mußte durchbrochen werden. Die Zukunft wird beweisen, daß der ukrainische Friedensschluss ein Stoß ins Herz unserer noch übrigen Feinde war. Mit Rumänien wurde ein Frieden geschlossen, welcher den Ausgangspunkt freundschaftlicher Beziehungen bilden dürfte. Die geringfügigen Restifikationen, die wir erhalten, sind keine Annerktionen. Fast unbewohntes Gebiet, dienen sie ausschließlich militärischen Sicherungszwecken. Jenen aber, welche darauf beharren wollen, daß diese Restifikationen unter dem Begriff von Annerktionen fallen und die mit Inkompetenz vorwerfen, kann ich nur antworten, daß ich mich ungenügende Male und in beiden Delegationen öffentlich dagegen vermahnte, unseren Gegnern einen Freibrief auszustellen, welcher dieselben gegen die Gefahren weiterer kriegerischer Abenteuer absichern würde. Es ist nicht meine Schuld, daß sich Rumänien nicht gleichzeitig mit Rußland an den Friedensschluß setzte. Von Rußland verlangte ich keinen Quadratmeter. Rumänien verstände die günstige Konstellation. Schutz und Förderung der eminent wichtigen Handelsfahrart auf der unteren Donau sowie die Sicherung des Eisernen Tores werden gewährleistet durch die Verschiebung der Grenze bis auf die Höhen von Turn-Severin, durch die gegen einen Sachschilling von jährlich 1000 Lei auf dreißig Jahre erfolgte Pachtung der wertvollen Werksanlagen bei dieser Stadt samt den zwischen der Werft und der neuen Grenze gelegenen Weststreifen und endlich durch die Erlangung des Pachtrechtes auf die Inseln Oltrovu, More, Corbu und Stucanu. Mit der im Raume der Petrosener Rohlegruben um mehrere Kilometer gegen Süd erfolgten Grenzverlegung, welche am Saurdoutpaß auch den beherrschenden Punkt Oltovis in unseren Besitz bringt, erscheint das Kohlenrevier besser gesichert. Nagazeben und Fogaras erhalten eine im Durchschnitt 15 bis 18 Kilometer breite neue Sicherungsgrenze. In allen Pässen von Bedeutung, so bei Predeal, Badja, Gyneid, Belas und Tolgnes, ist die neue Grenze so weit auf rumänischen Boden verlegt worden, als es militärische Gründe erfordern. Die Dreiländerstadt fällt uns ganz zu, womit die Möglichkeit einer gesicherten Verbindung zwischen Ungarn und der Bukowina gegeben ist. Die Verschiebung der Grenze östlich Czernowitz soll die feindlichen Angriffen bisher preisgegebene Landeshauptstadt der Bukowina gegen Ueberfälle wirksam schützen.

Ich will in dem Moment, wo wir mit Erfolg bestrebt sind, neue freundschaftliche Beziehungen mit Rumänien anzuknüpfen, nicht alle Wunden aufreißen, aber jeder von Ihnen kennt die Gesichtsseite des rumänischen Kriegsausbruchs und wird zugeben, daß es meine Pflicht war, die Völker der Monarchie gegen Ueberfälle ähnlicher Art in Zukunft zu schützen.

Ich habe wiederholt gesagt, die erste Garantie sehe ich in zukünftigen internationalen Abmachungen, welche den Krieg verhindern. Ich hätte in solchen Abmachungen, wenn sie in bindender Form gestellt worden wären, weit stärkere Sicherheiten gegen nachbarliche Ueberfälle gesehen als in den Grenzrestifikationen; aber ich habe außer bei dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten noch bei keinem unserer Gegner den ernstlichen

Willen gefunden, auf diesen Gedanken einzugehen. Trotz des geringsten Verständnisses, dem dieser Gedanke vorerst noch begegnet, glaube ich dennoch, daß er sich durchsetzen wird. Ich nehme den Bleistift zur Hand und rechne nach, mit welcher furchtbaren Lasten die Staaten der Erde aus diesem Kriege hervorgehen werden, und ich frage vergebens, wie sie bei weiterer freier Rüstungskonkurrenz die militärischen Ausgaben werden halten können. Ich glaube nicht, daß irgend ein Staat in der Lage sein wird, nach diesem Kriege jährlich mehrere Milliarden für die durch den Krieg so bedeutend erhöhten militärischen Bedürfnisse auszugeben. Ich glaube vielmehr, daß die finanziellen höheren Gewalten die Welt zu einem internationalen Kompromiß über die Herabsetzung der Rüstungen zwingen wird. Meine Hoffnung ist weder idealistisch noch phantastisch. Sie ist realpolitisch in des Wortes wahrster Bedeutung. Ich halte es für ein großes Unglück, wenn es nicht schließlich gelingen sollte, zu allgemeinen Vereinbarungen über die Verminderung der militärischen Rüstungen zu gelangen.

Es ist selbstverständlich, daß wir bei dem Friedensschluß mit Rumänien dafür sorgen werden, daß unsere Interessen in der Frage der Getreide- und Lebensmittelversorgung und mit Rohstoff voll berücksichtigt werden. Wir werden ferner Vorkehrungen treffen, daß die katholische Kirche und unsere Schulen den staatlichen Schutz erhalten, dessen sie bedürfen, und wir werden die Judenfrage lösen. Die Juden werden fortan gleichberechtigte Staatsbürger in Rumänien sein. Der irredentistischen Propaganda, welche so viel Böses in Ungarn erzeugt hat, werden Regeln vorgeschrieben werden und endlich wird Vorzorge getroffen werden, daß die vielen Landsleute, für das durch den Krieg unschuldig erlittene Unrecht entschädigt werden. Schließlich sind wir bemüht, durch Vereinbarung eines neuen Handelsvertrages und durch eine zweckmäßige Regelung der Eisenbahn- und Schiffsahrtsfragen unsere wirtschaftlichen Interessen in Rumänien entsprechend zu schützen. Die gesamten Friedensverträge werden nach ihrem endgültigen Abschluß veröffentlicht werden.

Rumänien's Zukunft liegt im Osten. Weite Gebiete Beharabien sind von rumänischer Bevölkerung bewohnt, und manche Ansichten deuten darauf hin, daß diese rumänische Bevölkerung einen engen Anschluß an Rumänien wünscht. Rumänien hat in Beharabien viel mehr Gewinne, als es in diesem Kriege verloren hat. Ich war ängstlich bemüht, bei den Grenzrestifikationen Rumänien nichts zu nehmen, was einer dauernden Stachel in der rumänischen Wange hinterlassen kann. Ich will die Wunden, die dieser Krieg Rumänien geschlagen hat, wieder heilen und vernarben. Ich glaube, daß Rumänien in seinem wohlverstandenen Interesse auf die Zentralmächte angewiesen ist und meine Politik geht dahin, in Zukunft ein freundschaftliches Verhältnis neu zu begründen.

Das gegenwärtige rumänische Ministerium, das immer für einen Anschluß an die Zentralmächte war, hat seine Anschauung nicht geändert. Von Rumänien's zukünftiger Politik wird es abhängen, wie sich sein Los gestalten wird. Sowohl bei dem Friedensschluß mit der Ukraine als auch bei jenem mit Rumänien hat mit in erster Linie der Gedanke vorgeschwebt, die Versorgung der Monarchie mit den wichtigsten Lebensmitteln und den sonstigen Rohstoffen sicher zu stellen. Rußland kam hierfür nicht in Betracht, da es in seiner weitgehenden Desorganisation gar nicht in der Lage ist, für sich selbst die notwendigen Rohstoffe aufzubringen und bei sich zu verteilen. Sie wissen, daß die Ukraine uns die Lieferung ihrer gesamten Ueberflüsse an landwirtschaftlichen Produkten zugesichert hat. Die Kommission, welche bezuhen ist, mit der Ukraine den Warenaustausch zu organisieren, ist in Kiev bereits zusammengetreten und in voller Arbeit. Sobald die Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung über diesen Punkt abgeschlossen sind, und ich hoffe, es wird dies bald der Fall sein, werden die Zufuhren aus der Ukraine in größerem Umfang einfließen können. Wir haben mit der ukrainischen Regierung vereinbart, daß die Quantitäten mindestens eine Million Tonnen betragen werden und wir hoffen, daß die einzurichtenden Organisationsarbeiten der Aufbringung und des Abflusses es gestatten werden, diese Menge innerhalb einer angemessenen Frist abzutransportieren. Im Augenblick sind die Zufuhren aus der Ukraine naturgemäß nur gering, wie sie die bis jetzt möglichen Improvisationen eben gestatten. Bis zur Stunde sind allerdings erst 30 Waggons Getreide und Hülsenfrüchte aus der Ukraine nach Österreich gelangt. Weitere Transporte sind im Anrollen. 600 Waggons diverser Lebensmittel befinden sich in der Ukraine zum Transport für unser Hinterland bereit, und diese Transporte werden fortgesetzt werden, bis die Zufuhren organisiert sind und regelmäßig in größerem Umfang einfließen können. Die Möglichkeit zu größeren Transporten ist durch den Abschluß mit Rumänien gegeben, der uns den Donauweg eröffnet und der die Seetransporte von Odessa nach den Donauhäfen ermöglicht. Wir hoffen, im Laufe der Zeit größere und regelmäßig weiterlaufende Transporte aus der Ukraine zum überwiegenden Teil auf diesem Wege, zum kleineren Teil auf den Bahnen durchzuführen zu können. Da-

### Handel und Wandel.

Von F. W. Sadländer.

63. Fortsetzung.

Die Ruhe, mit welcher ich diese Antwort der Madame Stieglitz gab, wirkte sichtlich zu meinen Gunsten auf die gute Frau. „Ich danke Gott“, sagte sie, „daß die Sache sich so verhält. Sie können mir glauben, daß ich an Ihrem Tun und Lassen den größten Anteil nehme; beherrschte Sie meine Rede, und wenn Ihnen das Leben, das Sie bis jetzt geführt, nicht selbst unerträglich ist, so bitten Sie den Höchsten, daß er Sie in Ihrer Finkelnis erleuchte und Sie erkennen lasse, daß ein solcher Wandel nicht geeignet ist, die Liebe und Achtung guter Menschen zu erwerben.“

Ich war sichtlich von ihren Worten ergriffen, und die Prinzipal, welche es bemerkte, reichte mir die Hand, die ich ehrerbietig und herzlich küßte. Ich glaube, es fielen auch ein paar Tränen darauf, und meine Stimme zitterte heftig, als ich ihr entgegenete: „Glauben Sie mir, Madame, daß ich Ihnen für Ihre Rede, so hart sie mir auch anfangs erschien, innig dankte. Für jemand, der, wie ich, Vater- und Mutterlos, ja fast ganz verlassen in der Welt steht, ist die Strenge, mit Herablichkeit und Liebe gepaart, die Sie mir seither bewiesen, ein Glück für die Worte der Eltern, die ich unendlich lange nicht gehört, und Sie sollen sehen, ob Sie zum zweitenmal in den Fall kommen werden, mich daran zu erinnern, was ich der wahrhaft mütterlichen Behandlung, wie ich sie von Ihnen erfahren, schuldig bin.“ Mein Herz war zum Zerplatzen voll und ich durfte nicht viele Worte machen, indem ich großer Mensch befürchtete, in lautes Weinen auszubrechen. Und was hätte ich nicht noch alles sagen können? War ich doch einen Augenblick entschlossen, ihr zu sagen, wie sehr ich meine Liebe Emma liebe, und sie kurz zu bitten, bei dem Mädchen für mich zu sprechen; doch brachte ich kein Wort weiter hervor, machte eine stumme Verbeugung und eilte aus dem Zimmer.

Unten an der Treppe begegnete mir der Herr Specht und ich wandte den Kopf ab, um ihn nicht zu sehen und mein Gesicht nicht sehen zu lassen, auf welchem Schmerz und Freude zu lesen waren. Mich sah ich in dem Speisezimmer meine Nichte Emma stehen, die beschäftigt war, den Tisch zu decken. Ich trat eilig hinein und drückte die Tür hinter mir zu. Das Mädchen ließ die Servietten fallen, als ich auf sie zutrat und hastig ihre Hand ergriß.

„Ich komme loben von der Prinzipal“, sagte ich sanft, aber ernst, „und ich habe ihr bewiesen, wie falsch man mich angeht“, wiederholte ich, „aber Emma, du hast doch ein wenig Böses von mir gelernt.“

Sie wandte das Gesicht weg und schüttelte mit dem Kopfe. „Emma“, fuhr ich fort, „laß mir einen Augenblick deine Hand, deine liebe Hand, es ist gewiß und wahrhaftig nicht gut, daß du mich immer so kalt und streng behandelst; warum tust du das?“

„Ich weiß es nicht“, antwortete das Mädchen mit leiser Stimme und sah mich mit ihren großen hellen Augen an, in welchen Tränen standen.

„Du weißt nicht, warum du mich quälst?“ fuhr ich bewegt fort, „das ist doppelt unrecht.“

„Ich will dich nicht quälen“, entgegnete sie, „aber wie kann ich anders sein, ich bin dir fremd geworden, du bist mir fremd geworden.“

„Fremd, gänzlich fremd?“ sagte ich erschreckend und ließ ihre Hand los, „also doch gänzlich fremd?“

„Wie ist es anders möglich?“ sagte sie, mit schmerzlichen Tönen in der Stimme, „du gehst fort, wenn du kannst, und bestümmst dich um mich gar nicht, o du tust sehr, sehr übel daran.“ Sie bedeckte ihr Gesicht mit den Händen, doch fuhr sie einen Augenblick auf gefaßt fort: „Ich bin in dies Haus gekommen, wo es außer dir nur ein einziges offenes und gutes Herz gibt, das der Madame Stieglitz, ich bin vertrauensvoll hier eingetreten, indem ich dachte, du seist ja auch da und werdest mich beschützen, wie ein Bruder die Schwester.“

„Ja“, unterbrach ich sie bitter, „wie ein Bruder die Schwester.“ „Und du hast dich schon in der ersten Zeit von mir losgelöst; weshalb?“ ich weiß es nicht, ich kann es wenigstens nicht begreifen.“

„Weshalb? Emma“, entgegnete ich heftig, „weshalb? Ich will es dir sagen: weil ich dich liebe, und weil du meine Liebe nicht zurücksetzt. O, du hast sehr gegen mich gefehlt; ich habe Zerstreut außer diesem Hause gesucht, Zerstreut, die mich anlockt, während ich hier vernünftig und glücklich hätte leben können, ja, selbst durch ein einziges Wort, wenn du gefragt hättest: ich liebe dich, und wenn du mir zuweilen erlaubt hättest, deine Hand zu drücken und hoffend in dein liebes Auge zu sehen — doch war das wohl zu viel verlangt.“ Ich setzte mich wieder hinzu, „ich sehe es jetzt auch ein.“

Es trat eine lange Pause ein, peinlich für uns beide, und müßsam von etwas anderem sprechend, fragte ich: „Was wolltest du aber damit sagen, daß ich dich schätzen sollte, du, der Dieb der Prinzipal, ja die Herrin des Hauses?“

Das Mädchen warf einen ängstlichen Blick um sich, sagte heftig meine Hand und küßte: „Ja, küßte mich, küßte mich vor dem Buchhalter.“

„Vor dem Buchhalter?“ entgegnete ich heftig, „was will der Herr Specht?“

„Er verfolgt mich“, sagte das arme Mädchen, „mit seinen Aufmerksamkeiten und, sind wir allein, mit seinen Anträgen.“

„Mit Anträgen?“

„In ihrem Gesicht schlug eine glühende Rote auf, die sich bis abenteuerte bis auf ihre Brust, wo es unter dem weißen Hausleibchen so heftig wogte, daß auch ich errotete.“

„Mit Anträgen?“ wiederholte ich; „was trägt er dir an?“

„Ich glaube, keine Hand“, sagte das Mädchen mit geknicktem Blick und kaum vernehmlicher Stimme.

„Seine Hand?“ wiederholte ich, laut und zornig lachend, „die Hand des Herrn Specht? O, er ist nicht so dumm, der Herr Buchhalter, und du?“ Ich setzte ich argwöhnisch hinzu.

„Mich hat's geschaubert“, sagte das unschuldige Mädchen und sah mich mit dem klaren treuen Blick fest an, „aber was soll ich tun? Rate mir! Der Prinzipal davon sprechen? Du weißt, wie günstig sie über den Buchhalter denkt, und ich bin ja, siehe sie erntet hinzu, „ein so armes Mädchen. Dem Doktor habe ich davon gesprochen.“

„Run, und was meinte der Doktor?“

„Er stampfte heftig mit dem Fuß“, entgegnete Emma, „und sagte, das habe er sich gedacht; dann gab er mir einen Brief und befahl mir, denselben, sowie sich der Buchhalter an die Prinzipal zu wenden und diese mit von dessen Antrag spreche, ihr zu übergeben.“

„So“, antwortete ich heftig, „gib mir den Brief.“

„Ich möchte gern“, sagte das Mädchen, „denn mir ist das Papier unangenehm, und ich fürchte mich vor demselben, als für etwas Widerwärtiges, Häßliches darin verhielt; aber der Doktor hat mir streng verboten, ihn in andere Hände, als die eigenen, zu geben. Geh aber jetzt, es kommt jemand, und denke nach, was zu machen ist.“

„O, ich wüßte wohl, wie ich alles zum Besten lenken könnte“, sagte ich eilig und küßte ihre Hand. —

In diesem Augenblick trat der Buchhalter ins Zimmer und sah uns beide mit einem seltsamen Blick an. „Es ist ein Uhr“, sagte er mit leiser Stimme, als er bemerkte, daß noch kein Tisch gedeckt war, „wir werden wohl baldigst essen.“

Mein Zorn flackerte auf, als ich den Haushalter sah. „Die Prinzipal wird mich entschuldigen, ich kann heute nicht hier essen“, sagte ich zu Emma; „und Ihnen“, sprach ich mit festem Blick zum Buchhalter, „und Ihnen, Herr Specht, wünsche ich zum guten Appetit eine geeignete Mahlzeit.“

Zurücknahme 1000.

bei hart aber nicht vergessen werden, daß unsere in der Ukraine...

Aus Rumänien selbst erfahren wir aus der vorjährigen Ernte...

Das letzte Kapitel des großen Weltbrenns bricht an. Wir...

Dennoch ist es nicht unangelegentlich zu bedenken...

Und nun in Serbien. Wir wissen, daß in Serbien der Wunsch...

Sehen wir im vorhin, habe ich nun ein Ziel gehabt...

den Frieden will, aber niemals einen anderen als einen ehren...

Ich habe, stehend auf das feste Vertrauen in unsere Kraft...

Die zweite Gruppe der Kriegspolsterer sind die Amerikaner...

Das letzte Kapitel des großen Weltbrenns bricht an. Wir...

Dennoch ist es nicht unangelegentlich zu bedenken...

andauert und der Krieg sich fortzieht. Graut ihnen nicht vor...

Wir kommen auf einzelne Teile dieser Rede noch zurück.

Soziales.

Die Verhütung der Jugend. Ueber die sich in Worten zersende...

Aus Nah und Fern.

Ein Landtagsabgeordneter verhaftet. Die Fränkische Volks...

Literarisches.

Richtigstellung. In der am Dienstag unter Rubrik Literari...

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.

Kleines Feuilleton

Garter Frühling. Wie schön nicht das Schicksal des großen Grotzen...

Märchen.

Die beiden Bräutigame und die Braut. Einmal war es...

Nachher werden viel reicher als ich vorher gewesen war. Es ist...

Maska als Kohlenland. Das Interesse, das hohereislerweise seit einiger Zeit...

Heiters.

Siehe Jugend. Wir lagen in einem Dorfe Stebenbürgens in...